



## Presseschau vom 14.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, *dnronline*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

**In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. *Cloudflare*) festlegt.**

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

### **de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

### **de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa**

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

### *Tom J. Wellbrock:* **Nichtwähler: Die von der Politik ignorierte Mehrheit**

Nach der Niedersachsen-Wahl gab es Freude und Trauer, doch die große Gruppe der Nichtwähler wurde weitgehend ignoriert. Genau das ist das Problem, das zur "Politikverdrossenheit" führt: Ignoranz gegenüber den Wählern. ...

<https://kurz.rt.com/38y4> bzw. [hier](#)

### *Dagmar Henn:* **Melnyk geht – schade, dass er seine Freunde nicht mitnimmt**

Er war immer nur Botschafter der Bandera-Ukraine, aber die deutschen Medien scheinen ihn lieb gewonnen zu haben. Schließlich steht die Bandera-Ukraine in Diensten der NATO. Melnyk lieferte die Entschuldigung, die wirklichen ukrainischen Interessen völlig zu ignorieren. ...

<https://kurz.rt.com/38z7> bzw. [hier](#)

### **abends/nachts:**

#### 19:37 de.rt.com: **Bericht: Israel versorgt Ukraine mit Informationen über Russlands Drohnen aus iranischer Produktion**

Ein hochrangiger ukrainischer Beamter behauptet, dass Israel der Ukraine grundlegende Informationen über iranische Drohnen zur Verfügung stellt, die Russland bereits auf dem Schlachtfeld einsetzt. Zudem liefere ein privates israelisches Unternehmen der Ukraine Satellitenbilder von russischen Truppenstellungen.

Israel versorgt die Ukraine mit Informationen über Drohnen aus iranischer Produktion, berichtet die [New York Times](#) am Mittwoch. Ein namentlich nicht genannter hochrangiger ukrainischer Beamter teilte der US-Zeitung mit, dass Israel "grundlegende Informationen" über Drohnen aus iranischer Produktion weitergibt, die Russland bei seinen Angriffen auf Ziele in der Ukraine einsetzt. Der ukrainische Beamte behauptete zudem, dass ein privates israelisches Unternehmen der Ukraine "Satellitenbilder von russischen Truppenstellungen liefert".

Erst im August dieses Jahres soll Russland Hunderte iranischer Drohnen für den Einsatz in der Ukraine erworben haben, obwohl die USA Teheran gewarnt hatten, sie nicht zu liefern. Und erst im September behauptete das ukrainische Militär, dass es die von Iran gelieferte Selbstmorddrohnen auf dem Schlachtfeld entdeckt habe. Iran bestreitet, die Drohnen an Russland geliefert zu haben, und der Kreml hat sich nicht zu dieser Angelegenheit geäußert. Die von Iran gebauten Schahed-136-Drohnen sollen Ende September ein Munitionslager der ukrainischen Armee im Hafen von Odessa angegriffen und NATO-Waffenlieferungen zerstört haben. Kamikaze-Drohnen aus iranischer Produktion sollen zudem Anfang Oktober das

Hauptquartier der 72. Brigade der Ukraine in Belaja Zerkow nördlich von Kiew ins Visier genommen haben. Die NATO beobachtet derzeit mit wachsender Sorge, wie erfolgreich die Russen Drohnen aus iranischer Produktion in der Hafenstadt Odessa und nun auch in anderen Städten einsetzen.

Die NATO-Verbündeten diskutierten am Mittwoch über die Stärkung der ukrainischen Luftverteidigung, nachdem Russland am Montag einen groß angelegten Raketenangriff auf die Ukraine ausgeführt hatte. Kiew hat seit Beginn des Krieges mehrfach versucht, israelische Luftabwehrsysteme zu erwerben, aber Israel hat sich bislang geweigert, sie zu liefern – aus Angst, Russland zu provozieren. Tel Aviv will nach eigener Darstellung die Handlungsfreiheit der israelischen Armee in Syrien sicherstellen; Russland besitzt dort Luftüberlegenheit. Israel bombardiert seit Jahren Syrien, um mutmaßliche Waffentransporte über Syrien an die Hisbollah zu unterbinden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634800f548fbef01fb117037.jpg>

*Luftangriff auf Belaja Zerkow südwestlich von Kiew durch russische Drohnen aus iranischer Produktion am 5. Oktober 2022*

#### 19:47 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin: Intensität der ukrainischen Angriffe geht dank adäquaten Gegenangriffen Russlands zurück**

Der Chef der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, hat im Fernsehsender Rossija-24 gesagt, dass russische Gegenangriffe an der Kontaktlinie Wirkung zeigen. So habe beispielsweise die Intensität der ukrainischen Angriffe auf das Territorium der Republik abgenommen. Puschilin lobte in diesem Zusammenhang adäquate Gegenschläge der russischen Streitkräfte.

"Der Gegner kann jetzt zweifelsohne gut begreifen, dass man Gutmütigkeit nicht immer für Schwäche halten darf."

Nach Ansicht des DVR-Chefs näherte sich allmählich ein Umbruch, da immer mehr Kräfte, darunter auch mobilisierte Bürger eingesetzt würden. Dies ermögliche es, neue Einsätze zur Befreiung von Ortschaften besser zu planen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634839db48fbef01e24f2c54.jpg>  
*Eine Frau steht vor ihrem Haus in Bachmut, das durch einen Raketenangriff zerstört wurde, 8. Oktober 2022*

### 20:10 de.rt.com: **Laut Ungarn wird die Energiekrise in Europa noch Jahre dauern**

Laut dem ungarischen Außenminister Péter Szijjártó liegen der aktuellen Energiekrise geopolitische und sicherheitspolitische Probleme zugrunde. Er zeichnete damit ein düsteres Bild für die mittelfristige Zukunft Europas.

Die anhaltende Energiekrise in Europa wird voraussichtlich langwierig werden und sich bis zum Jahr 2023 und möglicherweise darüber hinaus erstrecken, warnte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó nach einem Treffen der EU-Energieminister am Mittwoch.

"Wir sehen jetzt die erste globale Energiekrise in der Geschichte und sie wird langfristig sein", verkündete Szijjártó und erklärte, dass die Krise durch "strukturelle geopolitische Gründe im Zusammenhang mit der Sicherheitspolitik" angeheizt wird, die "langfristige Lösungen" erfordern. Die Eskalation des Krieges in der Ukraine steuere eindeutig in eine äußerst gefährliche Richtung, warnte Szijjártó am vergangenen Dienstag in Budapest. "Wir befinden uns jetzt wirklich im allerletzten Moment, um die Ereignisse umzukehren."

Der Diplomat bemerkte zudem, dass "internationale Institutionen, die sich noch ein wenig gesunden Menschenverstand bewahrt haben", ebenfalls davor warnen, dass die aktuelle Krise eine langfristige sei und ein Problem darstelle, das "nicht nur in diesem Winter, sondern auch im nächsten und übernächsten" bestehen werde. Szijjártó erwähnte auch, dass Ungarns eigene Energieversorgung gesichert sei, nachdem das Land eine Einigung mit Russland erzielen konnte und ohne Unterbrüche Gas durch die TurkStream-Pipeline erhalten habe.

"Deshalb achtet die ungarische Regierung besonders darauf, die physische Funktion von TurkStream zu gewährleisten, da dies im grundlegenden Interesse unserer nationalen Sicherheit ist",

sagte er und stellte fest, dass die ungarischen Gasspeicher zu 48,2 Prozent des Jahresverbrauchs gefüllt sind, während der durchschnittliche Füllstand für Europa derzeit bei 26,9 Prozent liegt.

Ungarn bezieht rund 80 Prozent seines Gases vom russischen Gasriesen Gazprom. Während Russland die Gaslieferungen in eine Reihe von Ländern eingestellt hat, unterzeichnete Ungarn Ende August einen Vertrag mit Moskau über zusätzliche Lieferungen zu den bereits vereinbarten Mengen.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hatte zuvor die EU-Kommission beschuldigt, die anhaltende Energiekrise durch die Einführung "kontraproduktiver Sanktionen" gegen russische Energie ausgelöst zu haben. Budapest hat wiederholt gefordert, "von der gescheiterten Politik Brüssels" abzuweichen und festgestellt, dass die Sanktionen "die in sie gesetzten Ziele nicht erreicht haben", während Europa "langsam ausblutet". Auch Präsident

Wladimir Putin hat die Versuche der EU, sich von russischen fossilen Brennstoffen abzukoppeln, mit wirtschaftlichem Selbstmord verglichen.

Der ungarische Außenminister nimmt am heutigen Donnerstag an der Russischen Energiewoche teil. Der Politiker erklärte seine Teilnahme damit, dass diese wichtig sei, um über die Bedeutung des Friedens zu sprechen und dafür zu sorgen, dass Ungarn in Zukunft keine Probleme mit der Energieversorgung bekommt.

"Diejenigen, die uns dafür kritisieren, wollen keinen Frieden und es ist ihnen egal, ob die ungarische Bevölkerung mit Energie versorgt wird oder nicht."

Am Dienstag hatte der langjährige Diplomat an der Sitzung des Exekutivausschusses des UNHCR in Genf teilgenommen, wo er betonte, dass die ungarische Regierung einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensgespräche fordere. Er appellierte an die internationale Gemeinschaft, sich auf eine diplomatische Lösung des Ukraine-Konflikts zu konzentrieren, anstatt ihn zu verschärfen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6347e501b480cc65c413b02f.jpg>

*Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó*

#### 20:12 de.rt.com: **Gouverneur: Munitionsdepot im Gebiet Belgorod durch ukrainischen Beschuss gesprengt**

In einem Dorf im Gebiet Belgorod sei durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte ein Munitionslager gesprengt worden, teilte der Gouverneur des Gebiets, Wjatscheslaw Gladkow, mit. Die Bewohner des Dorfes seien evakuiert worden. Auf seinem Telegram-Kanal [schrieb](#) er:

"In einem Dorf im Bezirk Belgorod wurde ein Munitionsdepot durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte gesprengt. Es ist explodiert. Vorläufigen Berichten zufolge gab es weder Tote noch Verletzte. Die Bewohner werden nun in eine sichere Entfernung evakuiert." Gladkow fügte hinzu, dass Wladimir Perzew, Leiter des Bezirks Belgorod, und operative Dienste vor Ort seien. Nach Angaben mehrerer lokaler Medien soll sich das Lagerhaus in dem Dorf Oktjabrski befunden haben.

#### 20:40 de.rt.com: **Taiwan will zukünftig festlandchinesische Kampfflugzeuge abschießen**

Die Inselbehörden wollen zukünftig militärisches Fluggerät der Volksrepublik China abschießen, wenn es in den selbsterklärten "Luftraum" von Taiwan eindringt. Droht eine Eskalation in Ostasien?

Taiwan, das völkerrechtlich nicht selbständig ist, sondern zu China gehört, hat erklärt, Kampfflugzeuge und Drohnen vom chinesischen Festland kommend abzuschießen zu wollen, wenn sie seinen selbsterklärten "Luftraum" verletzen. Die Inselbehörden erklärten, man werde solche Überflüge als "Erstschlag" betrachten und mit Gewalt reagieren, wenn die Flugzeuge und Fluggeräte Warnungen zur Umkehr ignorieren würden.

Verteidigungsminister Chiu Kuo-cheng wurde am Mittwoch gebeten, vor taiwanesischen Gesetzgebern die Bezeichnung "Erstschlag" näher zu erläutern, da Beamte zuvor gesagt

hatten, dass man "Gegenmaßnahmen" gegen das Eindringen von Flugzeugen ergreifen werde, ohne jedoch konkrete Reaktionen zu benennen.

Chiu sagte, das Militär würde zunächst ankommende Drohnen oder Flugzeuge erfassen und eine Warnung aussprechen, um dann einen "defensiven Gegenangriff" zu starten, wenn die Flugzeuge in dem von Taiwan als hoheitlich beanspruchten Luftraum blieben.

Auf die Frage, ob dies bedeuten würde, dass Peking und Taipeh "in den Krieg ziehen", antwortete der Verteidigungschef: "Ja, in diesem Fall wäre die Situation sehr ernst", und er fügte hinzu: "Deshalb übt sich das Militär in Selbstbeherrschung und drückt nicht unbedacht ab."

Chiu erörterte die Aktualisierung der Sicherheitspolitik der Insel zum ersten Mal während einer Parlamentssitzung in der vergangenen Woche und erklärte, dass ein "Erstschlag" bisher als Artillerie- oder Raketenangriff definiert wurde, dass aber chinesische Drohnenflüge über dem taiwanesischen "Luftraum" in den letzten Monaten häufiger geworden seien und "eine Menge Ärger" verursacht hätten, was die aktuelle Änderung veranlasst habe.

Die Ankündigung erfolgte im Zuge derzeit zunehmender Spannungen zwischen Peking und der selbstverwalteten Insel, die sich im August nach einem viel beachteten Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi in Taipeh zuspitzten. China reagierte darauf mit einer Reihe von beispiellosen Militärübungen in den Gewässern und im Luftraum um Taiwan, einschließlich einer Probe für eine vollständige "Blockade", was zu einer lautstarken Verurteilung aus Washington, D.C. führte.

Im Rahmen der Ein-China-Politik sieht die Volksrepublik China Taiwan als unveräußerliche chinesische Provinz an. Das ist auch die international vorherrschende völkerrechtliche Sichtweise. Die USA hatten sich zwar in den 1970er Jahren gleichfalls offiziell zu diesem Prinzip bekannt – wie auch die taiwanesishe Führung selbst Anfang der 1990er Jahre. Allerdings herrschen zunehmend Differenzen hinsichtlich der genauen Auslegung dieses Prinzips.

Taiwan war jahrhundertlang Teil des chinesischen Reiches. Nach der Niederlage im Chinesischen Bürgerkrieg zogen sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek 1949 auf die Inselgruppe Taiwan zurück, wo sie beanspruchten, einzig die alte "Republik China" gegen die Kommunisten auf dem chinesischen Festland fortzuführen. Die jetzige taiwanesishe Regierungspartei DPP ist jedoch der Ansicht, dass Taiwan inzwischen ein gänzlich neuer Staat geworden sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6347f93fb480cc03256b63c2.jpeg>

21:01 de.rt.com: **Politico: NATO verfolgt einen 10-Jahres-Plan für die Ukraine**

Laut einem Bericht der Nachrichten-Plattform Politico wollen die NATO-Staaten den ukrainischen Rüstungssektor wiederaufbauen. Demnach hoffe die von den USA angeführte Militäralianz, die Ukraine "vollständig kompatibel" mit westlichen Waffenarsenalen zu machen.

Die NATO werde in Kürze einen Zehnjahresplan zum Wiederaufbau der ukrainischen Rüstungsindustrie auf den Weg bringen und hoffe, die Waffen aus der Sowjet-Ära zugunsten westlicher Technologie abschaffen zu können. Dies berichtet die Nachrichten-Plattform [Politico](#) unter Berufung auf einen hochrangigen NATO-Vertreter. Derweil stellen Washington und seine Verbündeten Kiew neue Runden militärischer Hilfe in Aussicht.

Kommende Woche sollen demnach Offizielle der NATO und der Ukraine zusammentreffen, um nach den monatelangen Kämpfen mit Russland eine "langfristige Verpflichtung" zur Wiederbelebung des militärisch-industriellen Komplexes in Kiew zu erörtern.

"Wir werden uns mit den Anforderungen an die Verteidigungsplanung befassen, um die Ukraine vollständig interoperabel mit der NATO zu machen", sagte der namentlich nicht genannte Beamte gegenüber der Plattform. Es gehe um die "Umstellung von sowjetischer [...] auf NATO-kompatible westliche Ausrüstung".

Der NATO-Mitarbeiter nannte zwar nur wenige Einzelheiten zu den Wiederaufbau-Bemühungen, sagte aber, dass sie sich auf die längerfristigen Bedürfnisse der Ukraine konzentrieren und wahrscheinlich mehrere internationale Partner einbeziehen würden. Die Initiative soll laut Bericht separat von einem anderen NATO-Projekt durchgeführt werden, das von den Beschaffungsbeamten Anfang des Monats erörtert worden war und das ebenfalls darauf abzielt, den ukrainischen Verteidigungssektor zu stärken und gleichzeitig die westlichen Bestände nach den umfangreichen Waffenlieferungen an Kiew aufzufüllen. Zuvor hatte der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow am Mittwoch auf einer Sitzung der sogenannten "Ukraine-Kontaktgruppe" erklärt, Luftabwehrsysteme hätten für sein Land "oberste Priorität". Der Vorsitzende der US-Generalstabschefs, General Mark Milley, erklärte, Washington und seine Verbündeten würden sich bemühen, solche Waffen bereitzustellen, und forderte die Mitglieder der Kontaktgruppe auf, "einen Beitrag zu leisten und [der Ukraine] zu helfen, ein integriertes Luft- und Raketenabwehrsystem aufzubauen und aufrechtzuerhalten, insbesondere alte Systeme".

Die niederländische Verteidigungsministerin Kaja Ollongren versprach während des Treffens am Mittwoch die Entsendung zusätzlicher Flugabwehrraketen und erklärte, "das einzige Ergebnis, das [Russland] mit seinen [fortgesetzten Angriffen auf die Ukraine] erzielt, ist, dass wir noch mehr liefern werden".

Diese Zusagen erfolgten, kurz nachdem Deutschland das erste von vier IRIS-T-Luftabwehrsystemen an die Ukraine geliefert hatte, während gleichzeitig Paris, Washington und London jeweils neue Waffenlieferungen ankündigten. Darunter seien etwa französische LKW-Haubitzen, NASAMS-Luftabwehrsysteme aus den USA und AMRAAM-Luft-Luft-Raketen aus Großbritannien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6348309948fbef03f43b5f31.jpg>

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin (l.) und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bei einer Pressekonferenz am zweiten Tag eines Treffens der Verteidigungsminister der Allianz im NATO-Hauptquartier in Brüssel, 13. Oktober 2022

21:03 de.rt.com: **Syrien unterstützt russisches Vorgehen in der Ukraine: "Die NATO hat das angestiftet"**

Syrien gehört zu der winzigen Minderheit der Mitglieder der UN-Generalversammlung, die am Mittwoch den Beitritt der Donbass-Republiken und der benachbarten Regionen Cherson und Saporoschje zu Russland befürwortet haben. Für den syrischen Botschafter bei der UNO, Bassam al-Sabbagh, stellen diese Referenden den Weg "zur Befreiung" dar:

"Diese Menschen haben in den letzten acht Jahren furchtbar gelitten. Deshalb haben sie sich entschieden, der Russischen Föderation beizutreten."

Durch ihre Zugeständnisse an die nationalistisch-extremistischen Bewegungen in der Ukraine haben die NATO-Staaten laut al-Sabbagh "die Rolle des Anstifters" gespielt.

<iframe src="https://vk.com/video\_ext.php?oid=-

134310637&id=456258984&hash=b890bfa7cac2076b" width="640" height="360"

frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

[https://vk.com/video-134310637\\_456258984](https://vk.com/video-134310637_456258984)

21:33 de.rt.com: **NATO hält strategische Atom-Übungen 600 Meilen von Russland entfernt ab**

Die NATO werde ihre strategischen Nuklearübungen 600 Meilen (rund 966 km) von Russland entfernt abhalten, ohne den Einsatz tatsächlicher Munition zu planen, sagte der Koordinator für strategische Kommunikation des Nationalen Sicherheitsrates der USA, John Kirby. Er erklärte:

"Etwa 14 NATO-Länder werden an dieser Übung teilnehmen, die 600 Meilen von Russland entfernt stattfinden wird."

Kirby sagte, die Übungen seien lange vor dem 24. Februar, dem Beginn des Konflikts in der Ukraine, geplant worden. Diese Übungen stehen in keinem Zusammenhang mit realen Ereignissen oder dem, was Russland tue. An der Übung würden Kampfjets teilnehmen, die jedoch keine scharfe Munition tragen würden.

Am Dienstag war bekannt geworden, dass die NATO in der kommenden Woche ihre seit Langem geplante Abschreckungsübung Steadfast Noon (Unerschütterlicher Mittag) durchführen wird. Der Generalsekretär der Allianz, Jens Stoltenberg, sagte, es handle sich um eine jährliche Routineübung mit dem Ziel, eine sichere und wirksame Abschreckung zu gewährleisten. Auf die Frage, ob die NATO-Staaten angesichts des derzeit angespannten internationalen Umfelds über eine Absage solcher Übungen nachgedacht hätten, versicherte der Generalsekretär, dass solche Übungen im Gegenteil eine Eskalation verhindern würden und dass ihre Absage ein schlechtes Signal wäre.

21:38 de.rt.com: **Ramstein-Treffen: Mehr Waffensysteme, Rüstung und Militärausbildung für die Ukraine – für "Jahre"**

Bei einem erneuten Treffen der sogenannten Ukraine-Kontaktgruppe sind die Verteidigungsminister der 30 NATO-Staaten sowie aus 20 weiteren Partnerländern in Brüssel zusammengekommen, um über weitere Waffenlieferungen an die Ukraine zu verhandeln.

In dem Zusammenhang sprach der Pentagon-Chef von schwierigen Wochen, Monaten und Jahren, in denen die ukrainischen Truppen Unterstützung benötigten.

Lloyd Austin versicherte, dass die Verbündeten sich einig seien und "alles in ihrer Macht Stehende tun", um der Ukraine sämtliche Kapazitäten an Militärausrüstung zu beschaffen.

Austin habe zudem gelobt, dass Deutschland der Ukraine nun ein modernes

Luftabwehrsystem gespendet habe: "Diese wichtige Spende wird der Ukraine helfen, ihre Zivilbevölkerung besser vor russischen Luftangriffen zu schützen", erläuterte er. Deshalb

werde auch die industrielle Produktion hochgefahren, um die Herstellung von Systemen zur Verteidigung der Ukraine zu erhöhen.

Die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht erklärte bei dem Treffen, dass Deutschland erhebliche Anstrengungen unternehme, um der Ukraine die volle Unterstützung zu leisten. Deutschland tue alles, um die Produktion von Rüstungsgütern so schnell wie möglich voranzutreiben, so die Ministerin. Laut Lambrecht sei die Herstellung von Geräten wie dem Luftabwehrsystem Iris-T SLM sehr aufwendig. "Da bin ich darauf angewiesen, dass die Industrie auch da ein bisschen schneller produziert", so Lambrecht.

"Wie Präsident Biden sagte, stehen wir vereint gegen willkürliche Kriege und Gräueltaten, um Gebiete zu erobern, Grenzen neu zu ziehen und die souveränen Rechte friedlicher Staaten mit Füßen zu treten", so US-Verteidigungsminister Lloyd Austin am Mittwoch.

### **Kompletter Umstieg auf NATO-Rüstung geplant**

Kommende Woche sollen laut dem US-Magazin [Politico](#) Offizielle der NATO und der Ukraine zusammentreffen, um nach den monatelangen Kämpfen mit Russland eine "langfristige Verpflichtung" zur Wiederbelebung des militärisch-industriellen Komplexes in Kiew zu erörtern. Der Plan sieht einen Zeitraum von zehn Jahren vor.

"Wir werden uns mit den Anforderungen an die Verteidigungsplanung befassen, um die Ukraine vollständig interoperabel mit der NATO zu machen", schilderte ein Beamter, der namentlich nicht genannt werden wollte. Es gehe um die "Umstellung von sowjetischer ... auf NATO-kompatible westliche Ausrüstung".



<https://thumbs.odycdn.com/d65e1401e438ac30536427c9edc6d5d7.webp>

### **22:03 de.rt.com: Borrell: Russische Armee wird "vernichtet", wenn Russland die Ukraine atomar angreift**

Der außenpolitische Vertreter der EU, Josep Borrell, warnte am Donnerstag, dass man die russischen Streitkräfte vernichten werde, sollte Russland Atomwaffen in der Ukraine einsetzen. Jeder nukleare Angriff werde "eine Antwort hervorrufen".

Der hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, warnte am Donnerstag, dass die russischen Streitkräfte durch die militärische Reaktion des Westens "vernichtet" werden, falls Präsident Wladimir Putin Atomwaffen in der Ukraine einsetzen sollte. Borrell sagte bei der Eröffnung der europäischen diplomatischen Akademie in Belgien: "Putin sagt, dass er nicht blufft. Nun, er kann es sich nicht leisten, zu bluffen, und es muss klar sein, dass die Menschen, die die Ukraine unterstützen, und die Europäische Union und die Mitgliedstaaten sowie die Vereinigten Staaten und die NATO ebenfalls nicht bluffen." Weiterhin erklärte Borrell:

"Und jeder nukleare Angriff auf die Ukraine wird eine Antwort hervorrufen, keine nukleare Antwort, aber eine so starke Antwort von militärischer Seite, dass die russische Armee vernichtet werden wird, und Putin sollte nicht bluffen."

Auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat Russland kürzlich vor "schwerwiegenden Konsequenzen" gewarnt, sollte man einen Atomangriff auf die Ukraine starten:

"Wir werden nicht genau darauf eingehen, wie wir reagieren werden, aber natürlich wird dies die Art des Konflikts grundlegend verändern."

Auch der Einsatz kleinerer Atomwaffen werde eine sehr ernste Sache sein, so Stoltenberg. Ein hochrangiger NATO-Beamter sagte zudem am Mittwoch, dass der Einsatz einer Atomwaffe durch Russland in der Ukraine "mit ziemlicher Sicherheit eine physische Antwort von vielen Verbündeten und möglicherweise von der NATO selbst nach sich ziehen" würde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63486ef3b480cc40003ac8c1.jpg>  
*Josep Borrell (links), Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, und Dmitri Kuleba, Außenminister der Ukraine, auf dem G7-Gipfel*

#### 22:05 de.rt.com: **NATO liefert Ukraine hunderte Störsender zur Drohnenabwehr**

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat am Donnerstag nach einem Treffen der Verteidigungsminister in Brüssel angekündigt, dass das Militärbündnis der Ukraine Ausrüstung zur Drohnenabwehr liefern wird. In Kürze würden Hunderte sogenannter Jammer geliefert, sagte Stoltenberg. Diese könnten dabei helfen, in Russland und im Iran hergestellte Drohnen unwirksam zu machen.

Jammer sind elektromagnetische Störsender. Sie senden in der Regel ein Signal aus, das die Funkverbindung zwischen der Drohne und deren Steuerungsgerät stört oder blockiert.

Außerdem teilte der NATO-Generalsekretär mit, Spanien werde die ukrainische Armee mit Flugabwehrraketensystemen unterstützen. Das Land werde vier HAWK-Startgeräte bereitstellen. Neben Spanien habe auch Frankreich weitere Luftabwehrsysteme für die Ukraine angekündigt, ebenso wie die Niederlande und "viele andere Länder". Zuletzt hatten die USA und Deutschland Luftabwehrsysteme an die Ukraine geliefert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634852e5b480cc573a707747.jp>

g

Ein Soldat setzt am 10. November 2021 bei einer Übung im niederländischen Vredepeel einen Jammer (Störsender) ein

## 22:25 de.rt.com: **"Vertrauen USA nicht" – Palästinensischer Präsident Abbas trifft sich mit Wladimir Putin**

Für die Friedensvermittlung zwischen Israel und Palästina zähle der palästinensische Präsident Mahmud Abbas nicht auf die Vereinigten Staaten. Nur ein Format mit der Einbindung Russlands komme in Betracht. Putin bestätigte Moskaus Position zur israelisch-palästinensischen Lösung.

Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas nutzte am Donnerstag ein Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin, um die Vereinigten Staaten anzuprangern und dem russischen Staatschef mitzuteilen, dass er kein Vertrauen in Washington als Friedensvermittler im Nahen Osten hat. "Wir trauen den USA nicht", sagte Abbas bei dem Treffen am Rande des Gipfeltreffens der Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) in Astana.

"Wir akzeptieren die USA unter keinen Umständen als einzige Partei bei der Lösung des Nahost-Problems", fügte er hinzu.

Ihm zufolge würden die Palästinenser eine Vermittlung durch die USA nur dann in Betracht ziehen, wenn diese Teil des "Quartetts" seien. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von Staaten, der auch Russland angehört. "Die Palästinenser schätzen Russlands Politik zum Schutz der internationalen Legitimität und Gerechtigkeit sehr", betonte Abbas.

Bei früheren Verhandlungen spielten die USA eine zentrale Rolle und vermittelten in den 1990er-Jahren Interims-Friedensabkommen, aus denen die Palästinensische Autonomiebehörde hervorging, die von Abbas geleitet wird.

Die Äußerungen von Abbas spiegeln dessen Frustration über die USA wider, die sich von ihrer einstigen Vermittlungsarbeit zwischen Israelis und Palästinensern zurückgezogen haben. Zudem war es zu einer Vertrauenskrise gekommen, nachdem die Trump-Administration die Mittel für die Palästinenser gekürzt und eine [die israelische Besatzung unterstützende Politik](#) verfolgt hatte.

Dazu gehörte auch die Verlegung der israelischen US-Botschaft nach Jerusalem. US-Präsident Joe Biden stellte die Finanzierung inzwischen wieder her, beließ die US-Botschaft jedoch in Jerusalem. Auch Versuche zu einer Wiederaufnahme der Friedensgespräche gab es nicht. Die Position Moskaus zur israelisch-palästinensischen Lösung bleibe unverändert und stütze sich auf UN-Beschlüsse, erklärte der russische Präsident bei dem Treffen in Astana. Weiter erläuterte er:

"Sie wissen, dass Russlands Position zu den palästinensischen Problemen, zur palästinensisch-israelischen Lösung, eine Frage des Prinzips ist. Sie basiert auf grundlegenden Entscheidungen der UNO und ändert sich nicht."

Israel und die Palästinenser haben seit mehr als einem Jahrzehnt keine substanziellen Friedensgespräche geführt. Die militärische Besetzung palästinensischer Gebiete durch Israel dauert bereits 55 Jahre an.

"Wir haben uns immer für eine gerechte Lösung auf einer internationalen Rechtsgrundlage eingesetzt. In diesem Sinne können Sie sich unserer Position sicher sein", so der russische Staatschef.

Israel eroberte das Westjordanland, den Gazastreifen und Ostjerusalem im Nahostkrieg 1967. Die Palästinenser streben auf diesen Gebieten die Bildung eines unabhängigen Staates an. Die UN-Generalversammlung hat wiederholt mit überwältigender Mehrheit für das Recht Palästinas auf einen eigenen Staat gestimmt. In einer mehrheitlich unterstützten Resolution wurde unter anderem betont, "unverzüglich ein Ende der israelischen Besatzung, die 1967 begann, und eine gerechte, dauerhafte und umfassende Friedensregelung zwischen der

palästinensischen und der israelischen Seite zu erreichen", die auf einer Zweistaatenlösung basiert.

In Bezug auf die bilateralen russisch-palästinensischen Beziehungen sagte Putin, dass noch viel mehr getan werden müsse, damit sich die wirtschaftlichen Beziehungen aktiver entwickeln können. Dafür seien bereits gute Voraussetzungen gegeben. Weiter lobte Putin, dass auch "die humanitäre Arbeit positive Wirkungen erzielt". Beispielsweise studierten derzeit 650 palästinensische Studenten in Russland.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6348561848fbef7ea827d4e7.jpg>

*Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas beim Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 13. Oktober 2022 in Astana, Kasachstan*

### 22:33 de.rt.com: **Zyperns Präsident dementiert Berichte über Waffenlieferungen an Ukraine**

Der Präsident der Republik Zypern, Nikos Anastasiadis, hat am Donnerstagabend Journalisten [mitgeteilt](#), sein Land habe bislang nicht vor, Waffen aus sowjetischer oder russischer Produktion an die Ukraine zu liefern, es sei denn, die zypriotische Armee bekomme im Austausch dagegen moderne und gleich starke Kriegsgeräte.

"Ich will eines sagen. Die Hälfte von Zypern ist besetzt. Wir brauchen Schutz. Ohne können wir nicht überleben. Deswegen will ich alle beschwichtigen: Wir haben nicht vor, Waffen an die Ukraine zu liefern."

Zuvor hatte die New York Times unter Berufung auf einen Regierungssprecher in Nikosia berichtet, dass das EU-Land der Regierung in Kiew sowjetische und russische Waffen aus seinen Beständen übergeben werde. In Frage kämen Panzer vom Typ T-80, Schützenpanzer vom Typ BMP-3 sowie Flugabwehrsysteme vom Typ Buk und Tor. Später präzisierte der Sprecher gegenüber den einheimischen Medien, konkrete Beratungen habe es allerdings nicht gegeben, obwohl die Frage bei diversen Kontakten mit den USA und europäischen Partnern erörtert worden sei.

### **vormittags:**

### 6:00 de.rt.com: **Großer Energieversorger erhöht erneut Gaspreise – diesmal um mehr als 30 Prozent**

Der große Energiekonzern EnBW hebt zum 1. Dezember die Gaspreise um mehr als ein Drittel an. Grund seien demnach weiterhin sehr hohe Ausgaben in der Beschaffung des Rohstoffs. Erst vor Kurzem hatte der Energiekonzern aus Karlsruhe eine kräftige Erhöhung seines Gaspreises durchgeführt.

Auf die Kunden des Energiekonzerns EnBW kommt nun zum dritten Mal in diesem Jahr eine

Anhebung der Gaspreise zu. Der deutsche börsennotierte Energiekonzern mit Sitz in Karlsruhe kündigte am Dienstag an, dass die Gaspreise für Haushalte ab dem 1. Dezember in der Grundversorgung um durchschnittlich 38 Prozent steigen würden. Der Konzern begründete die Erhöhung mit den nach wie vor sehr hohen Kosten bei der Beschaffung des Rohstoffs auf den Großhandelsmärkten.

Nach Angaben des Unternehmens werden die Preise im Durchschnitt bei 13,54 Cent pro Kilowattstunde (kWh) liegen. Die Rechnung für einen durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt würden um zusätzliche 768 Euro pro Jahr steigen.

Die Ankündigung von EnBW erfolgt rund drei Monate nach Inkrafttreten ihrer letzten Erhöhung. Zuletzt hatte der Karlsruher Energieversorger zum 1. Juli die Preise für Gas um 34,8 Prozent erhöht. Zum 1. Januar dieses Jahres hatte die EnBW den Preis bereits im Schnitt um 18,7 Prozent angehoben. Das Unternehmen teilte mit:

"Infolge des Angriffskrieges auf die Ukraine erleben die Energiemärkte in den vergangenen Monaten nie dagewesene Preissteigerungen und dauerhaft hohe Preisniveaus."

Wie das Unternehmen weiter ausführte, hätten sich die Gaspreise an den Großhandelsmärkten, die in den vergangenen Jahren im Durchschnitt bei etwa zwei Cent pro Kilowattstunde lagen, bis 2022 auf etwa elf Cent pro Kilowattstunde verfünffacht.

Gegenüber dem Magazin Spiegel erklärte die EnBW weiter, dass die Gaspreise auch nach der angekündigten Erhöhung unter dem Marktdurchschnitt liegen würden. Gleichzeitig zeigte sich der Energieversorger bereit, Vorschläge der Bundesregierung zu prüfen, um den Anstieg der Energiepreise abzumildern.

Führende deutsche Wirtschaftswissenschaftler hatten kürzlich davor gewarnt, dass die explodierenden Gaspreise die größte Volkswirtschaft der EU in eine Rezession stürzen könnten. Sie prognostizieren, dass Deutschland im nächsten Jahr zu den Ländern gehören werde, die am stärksten von der weltweiten Konjunkturabschwächung betroffen sein werden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) kletterte die jährliche Inflationsrate in Deutschland im August auf 8,8 Prozent und damit auf den höchsten Stand seit fast 50 Jahren. Die Bundesbank hatte letzten Monat ebenfalls davor gewarnt, dass eine Rezession in Deutschland "immer wahrscheinlicher" werde, nannte aber keine Zahlen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6348450ab480cc4102574a56.jpg>

#### 6:45 de.rt.com: **Borrell zur Weltlage: Europa ist ein Garten, die übrige Welt ein Dschungel**

Am Donnerstag erklärte der hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, die aus seiner Sicht größten Probleme in der heutigen Außenpolitik. Die EU sei ein Garten – der größte Teil der übrigen Welt hingegen ein Dschungel, so Borrell.

Josep Borrell, der hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, erläuterte am Donnerstag die Probleme, mit denen die Außenpolitik der EU konfrontiert ist und welches Vorgehen sich daraus ableiten lässt. Anlässlich der Eröffnung der europäischen diplomatischen Akademie in Belgien zog er in einer Rede zur Thematik einen eher

ungewöhnlichen Vergleich: Nach Ansicht Borrells sei die EU ein Garten – der Rest der Welt sei ein Dschungel, um den man sich kümmern müsse. Andernfalls drohe dieser den Garten zu "überwuchern". Wörtlich sagte er:

"Brügge ist hier ein gutes Beispiel für den europäischen Garten. Ja, Europa ist ein Garten. Wir haben einen Garten gebaut. Alles funktioniert. Es ist die beste Kombination aus politischer Freiheit, wirtschaftlichem Wohlstand und sozialem Zusammenhalt, die die Menschheit je erschaffen konnte – diese drei Dinge zusammen."

In Bezug auf den "Rest der Welt" erklärte Borrell:

"Der Rest der Welt [...] ist nicht gerade ein Garten. Der größte Teil der übrigen Welt ist ein Dschungel, und der Dschungel könnte in den Garten eindringen. Die Gärtner sollten sich darum kümmern, aber sie werden den Garten nicht durch den Bau von Mauern schützen. Ein schöner kleiner Garten, der von hohen Mauern umgeben ist, um das Eindringen des Dschungels zu verhindern, wird keine Lösung sein. Denn der Dschungel hat eine starke Wachstumskapazität, und die Mauer wird nie hoch genug sein, um den Garten zu schützen." Der Gärtner müsse "in den Dschungel gehen", so Borrell weiter, die Europäer müssten sich dementsprechend viel stärker für den Rest der Welt engagieren.

"Andernfalls wird der Rest der Welt in uns eindringen, und zwar auf unterschiedliche Art und Weise."

Durch den Krieg in der Ukraine verändere sich zudem auch die Europäische Union. Borrell meinte, es gebe Leute, die behaupten, dass dieser Krieg das Ende der Außenpolitik der EU bedeutet, weil man blindlings den Vereinigten Staaten folge. Er behauptete, dies sei jedoch nicht zutreffend:

"Aus meiner Sicht ist genau das Gegenteil der Fall: Dieser Krieg war eine Gelegenheit für die Europäische Union, selbstbewusster aufzutreten und auf die Schaffung eines europäischen Standpunkts zu drängen – sowohl in der Außenpolitik als auch in der Militär- und Verteidigungspolitik."

Borrell wies auch darauf hin, dass nicht nur Personen aus EU-Staaten bei der Eröffnung der diplomatischen Akademie vertreten seien, sondern auch solche aus Kandidatenländern wie Georgien, Moldawien, Ländern des Westbalkans und der Ukraine.

"Und ich denke, dass die Teilnahme von Menschen aus der Ukraine und anderen Kandidatenländern wichtig ist und eine gute Idee war – um über den Tellerrand zu schauen, um Menschen einzubinden, die noch nicht in der [Europäischen] Union sind, aber eines Tages in der Union sein werden. Denn sie werden eine entscheidende Rolle für die Zukunft der Europäischen Union spielen. Sie wird mit oder ohne die Ukraine nicht mehr dieselbe sein."

Der Chefdiplomat der EU zeigte sich weiterhin besorgt, dass sich etwa zwanzig Prozent der Staaten bei der Abstimmung der UN über die Verurteilung der Eingliederung der LVR, der DVR und der Gebiete Cherson und Saporoschje in die Russische Föderation enthielten.

Borrell kündigte außerdem an, man werde die russische Armee "vernichten", falls Russland Nuklearwaffen in der Ukraine einsetzen sollte.

Nach Ansicht des Diplomaten müsse sich auch die Arbeit in der Außenpolitik ändern, da man nicht mehr klar trennen könne, was äußere und was innere Angelegenheiten seien. In einem Punkt sei die EU nach Ansicht Borrells dem Rest der Welt allerdings voraus:

"Es gibt einen großen Unterschied zwischen Europa und dem Rest der Welt – nun, dem Rest der Welt, Sie verstehen, was ich meine, oder? – ist, dass wir starke Institutionen haben. Das Wichtigste für die Lebensqualität der Menschen sind Institutionen. Der große Unterschied zwischen entwickelten und nicht entwickelten Ländern liegt nicht in der Wirtschaft, sondern in den Institutionen."

So habe man eine "unabhängige Justiz", "Systeme zur Verteilung der Einnahmen" und "Wahlen, die den Bürgern eine freie Wahl ermöglichen". Borrell verwies allerdings auch darauf, dass es schwierig sei, die nach seiner Sicht nötigen Institutionen im großen Teil der "übrigen Welt" aufzubauen.

"Institutionen, darauf kommt es an. Es ist sehr schwierig, Institutionen aufzubauen. Wir können eine Straße bauen. Wir können mit einem Bulldozer, mit Geld und Arbeitern losziehen und eine Straße bauen. Ich kann nicht in die Schwellenländer gehen und Institutionen für sie aufbauen – sie müssen von ihnen aufgebaut werden. Andernfalls wäre das eine Art Neokolonialismus."

Inwiefern sich das "Engagement" im "Dschungel", das er zum Beginn seiner Rede gefordert hatte, von einer Politik des Neokolonialismus unterscheidet, ließ Borrell jedoch offen.

In Bezug auf die neue diplomatische Akademie erklärte Borrell den Zuhörern, dass man sich erheben und "über die nationale Identität hinausgehen müsse". Man müsse sich daran erfreuen, "eine andere Identität zu haben, nämlich die europäische". Diese stehe laut Borrell jedoch nicht im Widerspruch zur früheren Identität. Die Geschichte Europas sei eine der "Konfrontationen von Identitäten":

"Die Identität ist heute das eigentliche Schlachtfeld."

Identität könne als etwas Ausschließendes dargestellt werden. Das führe zu Konflikten und zum Krieg. Borrell zufolge sei es der EU hingegen gelungen, den "Kampf der Identitäten" zu überwinden: Heute bringe es die Menschen "nicht mehr gegeneinander auf, Deutsche oder Franzosen zu sein".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6348702b48fbef4ad956ccfb.jpg>

*Auch nach seiner Rede bleibt unklar, wer ihn eigentlich zum Gärtner gemacht hat: Josep Borrell.*

#### 7:25 de.rt.com: **Medienbericht: SpaceX verlangt von Pentagon Übernahme der Kosten für Starlink-Terminals in der Ukraine**

Das SpaceX-Unternehmen von Elon Musk soll dem Pentagon mitgeteilt haben, dass es nicht mehr in der Lage sei, den Betrieb des Starlink-Satellitennetzwerks in der Ukraine zu bezahlen und habe das Pentagon gebeten, die Kosten zu übernehmen. Dies [berichtet](#) CNN unter Berufung auf erhaltene Dokumente.

Insgesamt wurden 20.000 Starlink-Terminals an die Ukraine übergeben. Musk erklärte, dass der Betrieb SpaceX 80 Millionen US-Dollar gekostet habe. Bis Ende dieses Jahres würden diese Kosten 100 Millionen US-Dollar übersteigen. Im September schrieb der SpaceX-Director of Government Sales an das Pentagon:

"Wir sind nicht in der Lage, weitere Terminals an die Ukraine zu spenden oder die bestehenden Terminals auf unbestimmte Zeit zu finanzieren."

Unter den CNN vorliegenden SpaceX-Dokumenten befindet sich eine bisher nicht veröffentlichte direkte Anfrage des Oberkommandierenden des ukrainischen Militärs, Waleri Saluschny, in der er Musk im Juli um fast 8.000 weiteren Starlink-Terminals gebeten habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6348f278b480cc15406a0dac.jpg>

### 7:56 de.rt.com: **Fast die Hälfte der EU-Länder erhöht Einfuhren aus Russland**

Trotz der über Russland verhängten Sanktionen sollen 13 EU-Länder im Juni ihre Einfuhren aus Russland erhöht haben. Dabei sollen die übrigen 14 Länder den Kauf russischer Waren reduziert haben. Dies berichtet die russische Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) unter Berufung auf Statistiken.

Slowenien soll die Importe aus Russland im Vergleich zum Mai fast verdoppelt haben. Spanien soll seine Importe um 69 Prozent deutlich gesteigert haben. An dritter Stelle liege Schweden mit 48 Prozent. Den vierten Platz belege Belgien, das seine Einfuhren um ein Viertel erhöht haben soll. Dann folge Polen, das seine Einfuhren aus Russland um 19 Prozent erhöht haben soll. Bulgarien, Kroatien, Dänemark, Estland, Lettland, Malta, Rumänien und die Slowakei sollen ihre Einfuhren ebenfalls erhöht haben.

Zudem sollen weitere 14 EU-Länder ihre Einfuhren russischer Waren reduziert haben. Spitzenreiter sei Zypern gewesen, das seine Einfuhren um 92 Prozent reduziert haben soll, gefolgt von Österreich mit 40 Prozent und Luxemburg mit 37 Prozent.

### Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 14.10.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 65 Mann;
- 1 dauerhafter Feuerpunkt;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 7 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pionereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 13. Oktober haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Walujki und Fedtschino zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Außerdem haben Freiwillige der Newskij-Front humanitäre Hilfe in eine der Einheiten der Volksmiliz der LVR geliefert.

### 9:01 de.rt.com: **Weißrussland erklärt Anti-Terror-Notstand**

Weißrussland hat den Anti-Terror-Notstand ausgerufen. Das heißt, dass die staatlichen

Strafverfolgungsbehörden sowie Streitkräfte bereit sind, auf jede Provokation aus den Nachbarländern zu reagieren. Dies gab der Außenminister der Republik Wladimir Makei am Freitag bekannt. Er sagte, dass einige Nachbarstaaten Provokationen geplant hätten, darunter die Besetzung bestimmter Teile weißrussischen Territoriums. Die russische Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) zitiert ihn:

"Wir sehen die Ukraine sagt: "Wir sind harmlos, wir planen nichts an der Grenze zu Weißrussland". Heute ist die Welt leider so unberechenbar geworden, dass wir niemandem vertrauen können."

Makei ist der Ansicht, dass Weißrussland seine eigene Sicherheit gewährleisten und seine Bürger schützen muss.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6348fdb48fbef4ad956cd18.jpg>

*Weißrusslands Außenminister Wladimir Makei*

9:03 de.rt.com: **Sacharow-Preis: EU-Parlament nominiert die Ukraine**

Das ukrainische Volk, Julian Assange und die kolumbianische Wahrheitskommission sind für die diesjährige Verleihung des Sacharow-Preises nominiert worden. Über den Gewinner des Menschenrechtspreises wird in der nächsten Woche entschieden.

Die Auszeichnung ist Europas höchste Ehrung für Menschenrechtsaktivisten. Der Preis wurde im Jahr 1988 eingeführt und wird jährlich verliehen. Er ist mit einem Preisgeld von 50.000 Euro dotiert.

Der Gewinner des letzten Jahres war der Russe Aleksei Nawalny. Der Vorschlag zur Nominierung von Julian Assange geht auf die italienische Fünf-Sterne-Bewegung zurück.

Die Ukraine wurde von der Fraktion EVP und den Sozialisten S&D vorgeschlagen.

Die Delegation der Fünf-Sterne-Bewegung im Europäischen Parlament bezeichnete das Abstimmungsergebnis der Finalisten als "großen politischen Sieg im Kampf gegen die Gleichgültigkeit gegenüber dem WikiLeaks-Gründer", dem derzeit in den USA 175 Jahre Haft drohen.

Assange wurde von der Fraktion eingeladen, im Fall eines Sieges im Parlament zu sprechen. Der Preis wird am 14. Dezember während einer feierlichen Zeremonie vergeben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63483076b480cc394a1c192e.jpg>  
*Julian Assange ist für den Sacharow-Preis nominiert. Der Whistleblower sitzt seit mehreren Jahren in Abschiebehaft. Der britischen Regierung wird Folter vorgeworfen.*

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 14.10.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner** nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **281 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 2 Zivilisten, 4 wurden verletzt**. 27 Häuser und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer „Grad“, 1 Panzer, 4 Schützenpanzerwagen, in der Luft wurden 5 Drohnen des Gegners abgeschossen.

Die Verluste an Personal des Gegners betragen 50 Mann.

Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

**9:31 de.rt.com: IAEO-Generaldirektor: Lage an AKW Saporoschje unerträglich**

IAEO-Generaldirektor Rafael Grossi teilt auf [Twitter](#) mit, dass es nach den Gesprächen mit Moskau und Kiew eher möglich geworden sei, eine Sicherheitszone um das AKW Saporoschje zu schaffen. Er wörtlich:

"Nach einer Woche intensiver Beratungen mit der Russischen Föderation und der Ukraine komme ich mit dem Nachtzug aus der Ukraine nach Polen. Wir nähern uns der Einrichtung einer Sicherheitszone für das AKW Saporoschje – die Lage bei der Anlage ist unerträglich und wir müssen sofort handeln, um sie zu schützen."



<https://pbs.twimg.com/media/FfAfphWIAIFMo?format=jpg&name=small>

Rafael Grossi

### 9:58 de.rt.com: "**Klarheit und politischer Mut**" – Außenministerin Baerbock ist "**Politikerin des Jahres**"

Die Bundesaußenministerin erhielt den Politikaward in Berlin. Die Laudatio erfolgte durch den ehemaligen französischen Außenminister Jean-Yves Le Drian. Baerbock widmete den Preis den "mutigen Frauen im Iran."

Seit dem Jahre 2003 zeichnet das Spartenmagazin Politik & Kommunikation in einer Rankingveranstaltung der Zielgruppe "Politische Entscheider in Deutschland" Personen, Kampagnen und Projekte im deutschsprachigen Raum aus. Seit 2009 ist ein Partner dieser wenig bekannten Initiative die Quadriga Hochschule Berlin – nach eigener Darstellung eine "Private Hochschule für Management in den Bereichen Kommunikation, Politik und Public Affairs, Human Resources".

Diese Hochschule ist eines der Tätigkeitsfelder der "Quadriga Media Berlin GmbH", gelegen am Werderscher Markt in Berlin, gleich neben dem Neubau des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland. Am 12. Oktober hielt der ehemalige französische Verteidigungs- und Außenminister Jean-Yves Le Drian im Rahmen der nunmehr 18. Preisverleihung durch Politik & Kommunikation in Berlin die Laudatio, und zwar für die diesjährig ausgezeichnete Annalena Baerbock. Le Drian war erst im Mai 2022 aus seinem Amt als französischer Außenminister im [Kabinett Castex](#) ausgeschieden.

In seiner Ansprache [nannte](#) Le Drian sein persönliches Verhältnis zu der deutschen Grünen-Politikerin eine "diplomatische Liebe auf den ersten Blick" und würdigte Baerbock für ihre "Klarheit und den politischen Mut" im politischen Alltag.

Ende September war Baerbock bereits vom US-Magazin Time auf dessen Liste "der 100 aufstrebenden Stars" ("[2022 TIME100 NEXT](#)") platziert worden. Das Time-Magazin zitiert zur Begründung die deutsche Außenministerin selbst mit ihren programmatischen Worten: "Was mich in diesen schwierigen Zeiten optimistisch stimmt, ist das Wissen um die Stärke unserer transatlantischen Union, unserer Bündnisse und unserer liberalen Demokratien."

Die Jury für diese Preisverleihung wird aus Experten der politischen Kommunikation aus Unternehmen und Universitäten sowie Journalisten berufen, die laut [Eigenauskunft](#) "aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung, politische Kommunikation aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten". Nach dem Erstellen einer Shortlist in einem Onlinevoting der Juroren stellen die Nominierten anschließend der Jury ihre Projekte und Kampagnen live am Tag der Preisverleihung vor. Die Kategorien werden auch jährlich variiert, damit ein hoher Grad an Aktualität gewährleistet sein solle. Die diesjährige Präsentation und Preisverleihung moderierte Hajo Schumacher, freier Autor für Tageszeitungen, in Anwesenheit von 350 Politikern, Journalisten und Vertretern von Wirtschaft, Medien und Gesellschaft.

Baerbock nutzte laut Politik & Kommunikation ihre Dankesrede für einen ganz aktuellen

Appell: "All unsere Politikpreise widmen wir den mutigen Frauen im Iran". Ein anderer diesjähriger Preisträger war ein weiterer Bundesminister, der Justizminister Marco Buschmann (FDP), der mit dem Politikaward als "Aufsteiger des Jahres" ausgezeichnet wurde. Schließlich wurde auch noch Lars Klingbeil als einer der beiden Bundesvorsitzenden der SPD zum "Strategen des Jahres" gekürt.

Die diesjährig Geehrten reihen sich ein in die Liste namhafter Preisträger der vergangenen Jahre, darunter bereits auch Jens Spahn, Jean-Claude Juncker, Robert Habeck, Franziska Giffey, Christian Lindner, Andrea Nahles, Winfried Kretschmann, Ursula von der Leyen sowie auch bereits verstorbene Politiker von Rang und Namen wie Hans-Dietrich Genscher, Egon Bahr und Heiner Geißler.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6348f89e48fbef01e24f2cba.jpg>

*Die deutsche Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) erhält den Politikaward des Magazins Politik & Kommunikation in Berlin am 12. Oktober 2022*

10:04 de.rt.com: **Donezk meldet zwei getötete Zivilisten binnen 24 Stunden**

Beim Beschuss durch ukrainische Einheiten sind in den vergangenen 24 Stunden zwei Zivilisten getötet und vier weitere verletzt worden. Dies teilt das Hauptquartier für territoriale Verteidigung der Volksrepublik Donezk auf Telegram mit. In der Erklärung heißt es:

"In den vergangenen 24 Stunden, von 08.00 Uhr am 13. Oktober bis 08.00 Uhr am 14. Oktober, wurden beim Beschuss der Volksrepublik Donezk durch ukrainische Streitkräfte zwei Zivilisten getötet und vier weitere verletzt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634906f0b480cc15ed27efd0.jpg>

[g](#)

*Die Stadt Swjatogorsk, Volksrepublik Donezk, nach dem Beschuss*

10:29 de.rt.com: **"Abschreckung Russlands": USA veröffentlichen neue**

## Sicherheitsstrategie

Das Weiße Haus hat die neue US-Sicherheitsstrategie veröffentlicht. Diese verankert die Ziele der USA, Russland einzudämmen und mit China zu konkurrieren. Dabei betont das Dokument die Wichtigkeit der Nichtzulassung eines Atomkriegs.

Das Weiße Haus hat die erste nationale US-Sicherheitsstrategie der Präsidentschaft von Joe Biden veröffentlicht, die eine im März 2021 verabschiedete Zwischenversion ersetzt. Bei der Vorstellung des Dokuments am 13. Oktober hob der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan zwei "grundlegende Herausforderungen" hervor: den Wettbewerb um die "Gestaltung der Zukunft der internationalen Ordnung" und die Bewältigung "transnationaler Herausforderungen" wie Terrorismus, Klimawandel und Pandemien.

Washington habe vor, Moskau "abzuschrecken", da es angeblich eine Bedrohung für das internationale System darstelle, heißt es auf dem Papier. Das Weiße Haus bezeichnete Moskau als "aktuelle Sicherheitsbedrohung für Europa". Jedoch haben die USA vor, einen "pragmatischen Ansatz" bezüglich Moskau zu verfolgen und in Bereichen, die für beide Seiten von Interesse sind, zusammenzuarbeiten. Insbesondere wurde mögliche sicherheitspolitische Zusammenarbeit erwähnt:

"Amerika ist nach wie vor daran interessiert, die strategische Stabilität aufrechtzuerhalten und eine breitere, transparentere und überprüfbare Rüstungskontrollinfrastruktur zu entwickeln, die den START-Vertrag ersetzt, sowie europäische Sicherheitsmechanismen wiederherzustellen."

Die USA würden zudem "effektiv mit China konkurrieren". Nichtsdestotrotz enthält das Dokument das Absehen des nordamerikanischen Landes, "die Welt nicht ausschließlich durch eine wettbewerbsorientierte Linse zu betrachten". Dies beziehe sich jedoch auf jene Länder, "die bereit sind, gemeinsame Herausforderungen innerhalb der regelbasierten internationalen Ordnung konstruktiv anzugehen", hieß es weiter.

Zugleich räumen die USA die Möglichkeit einer "friedlichen Koexistenz" mit China ein. Washington erkannte den entscheidenden Beitrag von China zur Weltwirtschaft und zur Lösung globaler Probleme an. In der Strategie wurde auch das Interesse an der Erhaltung des Friedens in der Straße von Taiwan sowie das Bekenntnis zu einer Ein-China-Politik bekräftigt.

In der Strategie ist überdies festgelegt, dass die US-Behörden die Risiken eines Atomkriegs verringern möchten. Washington merkt an, dass es andere Länder daran hindern wolle, Atomwaffen einzusetzen. Darüber hinaus plane das Weiße Haus, seine eigenen Nuklearstreitkräfte zu modernisieren und die Verpflichtungen gegenüber Verbündeten in diesem Bereich zu verstärken.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6347fa9048fbef01fb11702c.jpg>  
US-Soldatin, die in der Nähe von Panzern auf einem Militärübungsplatz der US-Armee in Deutschland steht

10:35 de.rt.com: **Russisches Ermittlungskomitee meldet Tote und Verletzte nach**

### **Explosion in Munitionslager in Belgorod**

Beim gestrigen Beschuss des Dorfes Oktjabrski im russischen Gebiet Belgorod durch ukrainische Truppen soll es Todesopfer gegeben haben, wie das russische Ermittlungskomitee auf Telegram [mitteilt](#). In der Erklärung heißt es:

"Ein Munitionsdepot im Dorf Oktjabrski im Gebiet Belgorod wurde durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte zerstört. Ersten Berichten zufolge gibt es Tote und Verletzte".

Außerdem habe die russische Luftabwehr im Bezirk Nowooskolski Raketen abgeschossen. Die Bruchstücke sollen Stromleitungen einer Bahntrasse beschädigt haben, deshalb sei der Zugverkehr vorübergehend eingestellt worden. Der Vorsitzende des russischen Ermittlungskomitees leitete ein Strafverfahren ein.

### **11:06 de.rt.com: Europäische Union: Ausbildungsmission für ukrainische Soldaten genehmigt**

Die EU-Staaten haben sich auf eine Ausbildungsmission für die ukrainischen Streitkräfte verständigt. Der Ausschuss der ständigen Vertreter der 27 Mitgliedstaaten billigte am Freitag in Brüssel einstimmig Pläne, die Trainingsprogramme für rund 15.000 Soldaten vorsehen, wie mehrere Diplomaten der Deutschen Presse-Agentur bestätigten. Die Ausbildung soll nicht in der Ukraine, sondern in Ländern wie Polen und Deutschland organisiert werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6349252e48fbef03f43b5fb9.jpg>

*Ukrainische Rekruten hören britischen Ausbildern zu, 11. Oktober*

### **11:36 de.er.com: LVR meldet 65 tote ukrainische Soldaten binnen 24 Stunden**

Die Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk (LVR) hat in den vergangenen 24 Stunden eine Feuerstellung, vier gepanzerte Mannschaftstransporter und sieben Spezialfahrzeuge der ukrainischen Armee zerstört. Zudem seien 65 ukrainische Militärangehörige getötet worden. Dies [teilt](#) Iwan Filiponenko, der Sprecher der LVR-Volksmiliz, auf Telegram mit.

Außerdem sollen LVR-Pioniere mehr als fünf Hektar Fläche nahe der Ortschaften Walyika und Fedtschino von explosiven Gegenständen geräumt haben.

### **nachmittags:**

### **12:03 de.rt.com: USA drängen Israel zum Eintritt ins alliierte Luftverteidigungs-Netzwerk für die Ukraine**

Die USA zielen darauf ab, die Luftverteidigung ihrer Verbündeten in ein gemeinsames Abwehrsystem zu integrieren, um russische Luftangriffe gegen Ziele in der Ukraine

abzuwehren. Dafür will Washington auch Israel an Bord holen.

Die USA [drängen](#) ihre Verbündeten, darunter auch Israel, für die Ukraine in aller Eile ein alliiertes Luftverteidigungsnetz mit NATO-kompatibler Ausrüstung – teils hochmodern, teils älter – aufzubauen, um strategische Ziele vor russischen Luftangriffen zu schützen.

Die Bemühungen erhielten zusätzliche Dringlichkeit, nachdem Moskau die Ukraine in dieser Woche mit Raketen und Kampfdrohnen beschossen hat, wodurch landesweit Energieanlagen beschädigt wurden.

Um die Ukraine vor den vielgestaltigen Luftangriffen Russlands zu schützen, müsse man eine mehrschichtige Luftabwehr aufbauen, so der oberste US-Militäroffizier, General Mark Milley. "Es handelt sich um Systeme mit geringer Reichweite und geringer Höhe, dann um Systeme mit mittlerer Reichweite und mittlerer Höhe und schließlich um Systeme mit großer Reichweite und großer Höhe", sagte er am Mittwoch in Brüssel. Diese drei Ebenen würden wichtige Städte und wichtige Infrastrukturen in der Ukraine vor russischen ballistischen und Marschflugkörpern sowie Drohnen schützen, fügte Milley hinzu.

Die USA wollen inzwischen die ukrainischen Streitkräfte mit einem weiteren modernen System namens NASAMS ausstatten. Seine Reichweite hängt von der verwendeten US-Boden-Luft-Rakete ab, dürfte aber in jedem Fall ebenfalls bei mindestens 25 Kilometer liegen.

Zur Verteidigung gegen ballistische Raketen erwägt Washington auch die Lieferung von Patriot-Raketenbatterien an die Ukraine.

Das US-Militär verfügt aber nicht über genügend Waffen, um sie nach Kiew zu liefern, aber Washington setzt auf die Unterstützung seiner Verbündeten, die über solche Waffen verfügen, und versucht auch, Israel davon zu überzeugen, Teile seines Iron-Dome-Systems an Kiew zu liefern.

Israel hat in der Vergangenheit ukrainische Anfragen zur Lieferung von Luftabwehrsystemen wie Iron Dome abgelehnt, wofür der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij den jüdischen Staat im vergangenen Monat gerügt hatte.

Die Weigerung wird als Versuch Israels gewertet, die Beziehungen zu Moskau aufrechtzuerhalten, da Russland den syrischen Luftraum kontrolliert, in dem die israelische Luftwaffe in letzter Zeit Hunderte von Einsätzen gegen angebliche iranische Waffenlieferungen durchgeführt hat, um von Teheran unterstützte Gruppen daran zu hindern, in der Region Fuß zu fassen. "Viele Länder haben Patriot. Viele Länder haben andere Systeme. Es gibt eine ganze Reihe von israelischen Systemen, die sehr leistungsfähig sind", betonte Milley.

Vor kurzem behauptete [New York Times](#) unter Berufung auf einen hochrangigen ukrainischen Beamten, dass Israel der Ukraine grundlegende Informationen über iranische Drohnen zur Verfügung stellt, die Russland bereits auf dem Schlachtfeld einsetzt. Zudem liefere ein privates israelisches Unternehmen der Ukraine Satellitenbilder von russischen Truppenstellungen. Die NATO-Verbündeten diskutierten am Mittwoch über die Stärkung der ukrainischen Luftverteidigung, nachdem Russland am Montag einen groß angelegten Raketenangriff auf die Ukraine ausgeführt hatte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634928bfb480cc0c6a01f5de.jpg>

*Iron Dome*

12:09 de.rt.com: **DVR-Volksmiliz: Zwei ukrainische Grad-Mehrfachraketenwerfer, Panzer, fünf Drohnen an einem Tag vernichtet**

In den vergangenen 24 Stunden hat die Volksmiliz der Volksrepublik Donezk zusammen mit russischen Streitkräften zwei ukrainische Mehrfachraketenwerfer vom Typ Grad, einen Panzer und vier gepanzerte Mannschaftstransporter zerstört sowie fünf Drohnen abgeschossen. Zudem seien 50 ukrainische Soldaten getötet worden. Darüber hinaus berichtet die Volksmiliz, dass ukrainische Truppen elf Ortschaften der Volksrepublik beschossen hätten. Dabei seien insgesamt 281 Geschosse abgefeuert worden.

12:28 de.rt.com: **Gazprom-Chef: Große Abschnitte der Nord Stream-Rohre mit Wasser gefüllt – Reparatur aufwändig**

Die Explosionen an den Nord Stream-Pipelines haben Lecks in beiden Strängen der Nord Stream 1 und einer Röhre von Nord Stream 2 verursacht. Laut Gazprom-Chef Miller seien die Leitungen nun über weite Strecken mit Wasser gefüllt und müssten wohl in großen Teilen ersetzt werden.

Die Reparaturarbeiten an den beschädigten Leitungen der russisch-deutschen Ostsee-Pipeline Nord Stream dürften nach Aussagen des Vorstandsvorsitzenden von Gazprom, Alexei Miller, wohl rund ein Jahr in Anspruch nehmen. Ein großer Teil der Pipelines müsse möglicherweise ersetzt werden, so Miller. Zu mehreren Explosionen an den Gasleitungen, die russisches Gas über Deutschland in die EU liefern sollen, war es Ende September vor der dänischen Insel Bornholm gekommen.

An beiden Strängen von Nord Stream 1 und einer Röhre von Nord Stream 2 wurden Lecks entdeckt, die schließlich zu massiven Gasaustritten geführt hatten. Erhebliche Teile des Rohrsystems müssten nun laut Miller abgetrennt und ausgetauscht werden. Wie die russische Nachrichtenagentur [Tass](#) mit Verweis auf Aussagen des Gazprom-Chefs gegenüber dem russischen Fernsehsender Chanel One weiter berichtet, habe Miller [betont](#), dass beträchtliche Abschnitte der Pipelines nun über weite Strecken mit Wasser gefüllt seien. So habe Miller laut Tass erklärt:

"Man hat uns nicht erlaubt, den Ort des Vorfalls zu besichtigen, aber wenn man bedenkt, wie schnell der Druck aus den Pipelines entwichen ist, muss man davon ausgehen, dass es zu einem vollständigen Bruch der Leitung gekommen ist. Was bedeutet das? Es bedeutet, dass sehr große Teile der Rohre, einschließlich der nach Russland führenden, jetzt mit Meerwasser gefüllt sind."

Der Vorstandsvorsitzende des russischen Energieriesen sagte weiter, dass es sich hierbei um "eine noch nie dagewesene Notsituation und noch nie dagewesene Terroranschläge" handele.

Miller ergänzte demnach:

"Fachleute sagen, dass wir zur Wiederherstellung des Betriebs nach einem so großen

Anschlag praktisch einen großen Teil der Leitung kappen und im Grunde genommen eine neue Leitung verlegen müssen."

Verschärft werde die Situation durch die Siemens-Turbinen für die Verdichterstation Portovaya, so der Gazprom-Chef weiter. Miller fügte hinzu: "Bis heute ist keine einzige Turbine in der Verdichterstation in Portovaya in Betrieb, und in dieser Hinsicht wird die Aufgabe, Nord Stream 2 wiederzubeleben, noch dadurch erschwert, dass de facto eine neue Kompressorstation mit Turbinen aus russischer Produktion gebaut werden muss."

Gazprom habe laut Miller bisher keine Aufforderungen zur Wiederherstellung der beschädigten Leitungen von seinen europäischen Partnern erhalten.

Schwedische Seismologen hatten am 26. September zwei Explosionen entlang der Pipelines registriert. Die Ermittler des föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (FSB) leiteten daraufhin ein Strafverfahren wegen des Verdachts auf internationalen Terrorismus ein. In den westlichen Medien wurde darüber spekuliert, dass Russland selbst seine eigenen Pipelines gesprengt haben könnte, um die EU in der Energiekrise noch stärker unter Druck zu setzen. Moskau hat derartige Behauptungen allerdings zurückgewiesen. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte vor wenigen Tagen beim Forum "Russische Energiewoche" Andeutungen hinsichtlich möglicher Verantwortlicher für die Sabotageaktion gemacht. Putin wies darauf hin, dass diejenigen, die am meisten von der Beschädigung der Nord Stream-Gaspipelines in der Ostsee profitierten, diejenigen seien, die dafür verantwortlich seien. So sagte der russische Präsident:

"Jeder versteht, wer dahintersteckt und wer der Nutznießer ist. Man kann den europäischen Ländern das verflüssigte Erdgas aus den USA jetzt in viel größerem Umfang aufzwingen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634923e8b480cc0af10f20c2.jpg>

*Das Schiff "Audacia" verlegt hier am 15. November 2018 in der Ostsee vor der Insel Rügen Rohre für die Nord Stream 2-Gaspipeline.*

### 12:33 de.rt.com: **LVR-Volksmiliz: In Artjomowsk ziehen sich ukrainische Streitkräfte westlich und nordwestlich zurück**

Die ukrainischen Truppen scheinen sich in den westlichen und nordwestlichen Teil der Stadt Artjomowsk zurückziehen. Dies gab der Offizier der LVR-Volksmiliz, Andrei Marotschko, unter Berufung auf Geheimdienstinformationen gegenüber [RIA Nowosti](#) am Freitag bekannt. Er schließt nicht aus, dass ukrainische Einheiten teilweise ohne Kontrolle geblieben seien.

"Ich kann davon ausgehen, dass das Kommando sie im Stich gelassen hat und sie sich nun in einer sehr schwierigen Situation befinden."

Zuvor berichtete er über aktive Kämpfe in der Stadt Artjomowsk. Diese liegt in der DVR, nördlich der Großstadt Gorlowka, und ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63493a4248fbef16804dbc35.jpg>

### 13:01 de.rt.com: **Medienberichte: Türkei will mit Vorbereitungen für russischen Gas-Hub starten**

Bereits jetzt führt die Pipeline TurkStream, die durch das Schwarze Meer und über die Türkei verläuft, Gas nach Südeuropa. Nun könnte das Land am Bosphorus demnächst zum Verteilerknoten von russischem Gas werden. Laut Medienberichten will die Türkei mit Vorbereitungen dafür starten.

Erst vor wenigen Tagen hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, dass Moskau die Kapazität seiner Gas-Exporte in die Türkei erhöhen und das Land am Bosphorus somit zu einer Drehscheibe für Gaslieferungen nach Europa werden könnte. In der Türkei könnte ein Gas-Hub entstehen, über den dann russisches Gas weiter an europäische Verbraucher exportiert werden könnte.

Es gibt bereits die Pipeline TurkStream, die durch das Schwarze Meer und weiter über die Türkei den russischen Rohstoff bis nach Ungarn führt. Die Route, die aus zwei Strängen besteht, liefert sowohl Gas aus Russland in die Türkei als auch nach Süd- und Südosteuropa. Nun [berichtet](#) die Nachrichtenagentur AFP, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan die Regierung aufgefordert habe, mit den Arbeiten am russischen Gas-Hub zu starten. Demnach unterstütze Erdoğan die Idee Moskaus, in der Türkei ein internationales Gas-Drehkreuz zu errichten. Wie es im Bericht von AFP weiter heißt, forderte der türkische Präsident von der Regierung in Ankara, rasch Umsetzungspläne vorzulegen. Die Nachrichtenagentur beruft sich dabei auf Berichte türkischer Medien. Auf dem Rückflug von Gesprächen mit seinem russischen Amtskollegen Putin in Kasachstan habe Erdoğan vor Reportern erklärt:

"Dies wird ein internationales Verteilungszentrum sein."

Der russische Präsident hatte sich am Donnerstag mit seinem türkischen Amtskollegen in Kasachstan getroffen. Nach dem Zusammenkommen hatte auch der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow gegenüber der russischen Zeitung Izvestia erklärt, dass Erdoğan den Vorschlag Putins über die Errichtung eines Gas-Hubs in der Türkei [unterstütze](#).

Putin zufolge habe sich TurkStream als die zuverlässigste Route für Gas-Lieferungen nach Europa erwiesen. Demnach habe das russische Staatsoberhaupt im Gespräch mit seinem türkischen Amtskollegen darauf hingewiesen, dass ein künftiges Gas-Drehkreuz in der Türkei dazu beitragen würde, die Preisfrage ohne "Politisierung" zu regeln.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6349547848fbef4ad956cd7a.jpg>

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin trafen sich am Donnerstag, 13. Oktober 2022, in Kasachstan

13:19 de.rt.com: **Luftalarm in mehreren Gebieten der Ukraine aktiviert**

Am Freitag seien in den ukrainischen Gebieten Odessa, Nikolajew, Poltawa, Tschernigow, Sumy, Tscherkassk, Kirowograd und Dnepropetrowsk Luftalarme ausgerufen worden. Dies berichtet die russische Nachrichtenagentur [TASS](#).

13:52 de.rt.com: **Litauen schickt reparierte Haubitzen in die Ukraine zurück**

Litauen hat die ukrainischen selbstfahrenden Artilleriegeschütze vom Typ Panzerhaubitze 2000 repariert und zurückgeschickt. Dies teilte der Verteidigungsminister der baltischen Republik, Arvydas Anušauskas, am Freitag auf [Twitter](#) mit.



<https://pbs.twimg.com/media/FfAry2nWIAAF4Wi?format=jpg&name=small>

13:54 de.rt.com: **Macron: "Frankreich wird nicht mit Atomwaffen gegen Russland reagieren"**

Frankreichs Interessen wären im Falle eines Atomangriffs in der Ukraine "nicht direkt betroffen", sagte Präsident Emmanuel Macron. Paris werde auf einen möglichen Einsatz von Atomwaffen in der Ukraine durch Russland nicht mit gleichen Mittel reagieren, so Macron. Paris werde nicht mit Atomwaffen reagieren, sollte Russland solche gegen die Ukraine einsetzen, erklärte der französische Präsident Emmanuel Macron. In einem Interview mit dem öffentlich-rechtlichen Sender France 2 sagte Macron am Mittwoch, sein Land habe eine klar

definierte Nukleardoktrin, die auf den "grundlegenden Interessen der Nation" basiere. Macron zu der Doktrin:

"Diese sind klar definiert und wären nicht direkt betroffen, wenn es zum Beispiel einen ballistischen Atomangriff in der Ukraine gäbe."

Macron twitterte am Mittwoch auch, dass Frankreich "keinen Weltkrieg" wolle. Macrons Äußerungen wurde vom ehemaligen französischen Präsidenten François Hollande kritisiert, der gegenüber dem Radiosender FranceInfo sagte, die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung beruhe darauf, "nichts zu sagen", was das Land unter bestimmten Umständen tun könnte.

Der konservative Abgeordnete Jean-Louis Thiériot schloss sich dieser Meinung an und sagte gegenüber Politico, er sei fast vom Stuhl gefallen, als er Macrons Rede hörte. Er sagte, es sollte immer "Ungewissheit darüber herrschen, was als lebenswichtiges [französisches] Interesse betrachtet wird".

Der Chef der EU-Außenpolitik, Josep Borrell, sagte am Donnerstag, dass jeder nukleare Angriff auf die Ukraine eine starke Antwort des Westens nach sich ziehen würde, die die russische Armee "vernichten" würde. Er räumte jedoch auch ein, dass es sich nicht um eine "nukleare Antwort" handeln würde.

### **USA lassen die Frage offen**

In einer Rede erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, dass Moskau "alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel" einsetzen werde, wenn die territoriale Integrität Russlands bedroht sei – Worte, die im Westen als direkte nukleare Drohung interpretiert wurden. Die USA haben seitdem erklärt, dass sie keine Anzeichen dafür sehen, dass Moskau den Einsatz von Atomwaffen in der Ukraine vorbereitet. Auf die Frage, wie die USA auf den Einsatz von Atomwaffen durch Russland reagieren würden, sagte Präsident Joe Biden in dieser Woche, es wäre "unverantwortlich", wenn er darüber sprechen würde, was er tun oder nicht tun würde.

In dem Interview vom Mittwoch sagte Macron auch, dass Frankreich mehr Radare und Raketen schicken werde, um die Ukraine vor russischen Raketenangriffen zu schützen, nachdem in dieser Woche zahlreiche Städte angegriffen worden waren. Paris hat bereits Haubitzen, tragbare Luftabwehrsysteme und schwere gepanzerte Fahrzeuge nach Kiew geliefert.

Der französische Präsident räumte jedoch ein, dass sein Land nicht so viel geliefert habe, "wie die Ukrainer verlangt haben", und wies darauf hin, dass er "verpflichtet sei, etwas für uns zu behalten, um uns selbst zu schützen". Er denke dabei auch an die Ostflanke der NATO.

Macron forderte Putin auf, "den Krieg zu beenden" und an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um Gespräche mit der Ukraine zu führen. Während Kiew Verhandlungen mit Moskau ausgeschlossen hat, sagte Macron, dass dies "an einem gewissen Punkt" "notwendig" sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634910bd48fbef0202378fc7.jpg>

*Der französische Präsident Emmanuel Macron wartet auf den Empfang des ghanaischen Präsidenten Nana Addo Dankwa Akufo-Addo während eines Treffens im Élysée-Palast in Paris am 13. Oktober 2022*

14:27 de.rt.com: **Stellvertretender Vorsitzender des Föderationsrates Russlands: Ukrainischer Durchbruchversuch in Cherson scheitert**

Russische Truppen halten weiterhin Versuche der ukrainischen Streitkräfte in Cherson durchzubrechen zurück. Es bestehe die Gefahr, dass das Gebiet überschwemmt werde. Dies [teilte](#) Andrei Turtschak, stellvertretender Vorsitzender des Föderationsrates Russlands, am Freitag auf Telegram mit. In der Erklärung heißt es:

"Es ist notwendig, die Menschen aus dem Gebiet Cherson in unsere anderen Gebiete zu evakuieren, um ihre größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Unsere Truppen am rechten Ufer des Dnepr in Cherson vereiteln weiterhin Versuche der ukrainischen Streitkräfte, die Verteidigungslinie zu durchbrechen. Es besteht auch die Gefahr einer Überflutung des Gebiets."

Er wies auch darauf hin, dass es notwendig sei, Menschen herauszubringen, um den Feind vollständig und ohne zivile Opfer zu vernichten.

14:59 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Rund 370 ukrainische Militärangehörige liquidiert**

Der Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat eine Pressemitteilung zur Lage an der Front abgegeben.

- In Richtung Krasny Liman hätten die ukrainischen Streitkräfte versucht, entlang der gesamten Kontaktlinie Kampfaufklärung zu betreiben, jedoch seien sie von den russischen Streitkräften beschossen und in ihre ursprünglichen Stellungen zurückgedrängt worden. Mehr als hundertzwanzig ukrainische Soldaten, fünf gepanzerte Kampffahrzeuge, vier Pick-ups und vier Fahrzeuge sind nach Angaben des Ministeriums eliminiert worden.
- In Richtung Kupjansk habe die Ukraine dreimal erfolglos versucht, die Stellungen der russischen Streitkräfte anzugreifen. Bis zu dreißig ukrainische Soldaten seien getötet und zwei gepanzerte Kampffahrzeuge sowie vier Pickups seien zerstört worden, so Konaschenkow.
- In Richtung Wremewka hätten die russischen Truppen bei der Verfolgung der sich zurückziehenden ukrainischen Einheiten die dominierenden Höhen nahe der Siedlung Wremewka der DVR erobert. Ukrainische Verluste belaufen sich auf über neunzig Militärangehörige. Zudem seien zwei Panzer, sechs gepanzerte Kampffahrzeuge und drei Pick-ups zerstört worden, hieß es weiter.
- In Richtung Nikolajew – Kriwoi Rog seien nach den erfolglosen Angriffen auf Dudtschan, Pjatichatok und Ischtschenko im Gebiet Cherson mehr als hundertdreißig ukrainische Militärangehörige getötet sowie drei Panzer, elf gepanzerte Kampffahrzeuge und sieben Fahrzeuge vernichtet worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6349536cb480cc0c6a01f611.jpg>  
*Kampffahrzeug mit LVR-Soldaten nahe Lissitschansk*

### 15:18 de.rt.com: **Frankreich stellt Ukraine Crotale-Flugabwehrraketensysteme und GM200-Radare in Aussicht**

Frankreich soll der Ukraine Flugabwehrraketensysteme vom Typ [Crotale](#) sowie Radarsysteme vom Typ [GM200](#) liefern. Dies berichtete die französische Tageszeitung [Figaro](#) am Freitag unter Berufung auf ihre Quellen. Es heißt:

"Die Flugabwehrraketensysteme werden zusammen mit GM200-Radarsystemen geliefert. Nach Vorwürfen unzureichender Waffenlieferungen an die Ukraine erwägt Frankreich auch die Lieferung von Mehrfachraketenwerfern, um ihre Position an Frontlinie zu stärken."

Wie die Zeitung erklärt, beträgt die Reichweite dieses Typs von Mehrfachstartraketen 70 Kilometer und könnte eine ernsthafte Verstärkung für die ukrainische Armee sein. Die französische Armee verfüge jedoch nur über 13 solcher Systeme.



[https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63495b45b480cc0a6c7cf4a7.jp](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63495b45b480cc0a6c7cf4a7.jpg)  
[g](#)

*Naval Crotale-Luftabwehrraketenbatterie auf einem französischen Militärschiff*

### 15:47 de.rt.com: **Rivalisierende Palästinensergruppen unterzeichnen Versöhnungsabkommen in Algerien**

Die seit mehr als 15 Jahren zerstrittenen Palästinensergruppen Hamas und Fatah haben in Algerien ein Versöhnungsabkommen unterzeichnet, das Parlaments- und Präsidentschaftswahlen binnen eines Jahres beinhaltet.

Die rivalisierenden palästinensischen Gruppierungen Fatah und Hamas haben am Donnerstag in Algier ein Abkommen unterzeichnet, das darauf abzielt, die seit 15 Jahren andauernden

Streitigkeiten durch die Abhaltung neuer Wahlen beizulegen.

Das durch Vermittlung Algeriens zustande gekommene Abkommen sieht vor, die Kluft zwischen der Fatah von Präsident Mahmud Abbas und der Hamas zu überwinden, die bislang die palästinensische Regierung im Gazastreifen vom israelisch besetzten Westjordanland politisch getrennt und die palästinensischen Bestrebungen nach einem eigenen Staat behindert hatte.

In Palästina war man jedoch skeptisch, dass die Zusage, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abzuhalten, umgesetzt wird. In den Palästinensergebieten gab es seit 15 Jahren keine Parlaments- und Präsidentschaftswahlen mehr. Die Spaltung zwischen den palästinensischen Fraktionen, die durch den Sieg der Hamas bei den Parlamentswahlen 2006 ausgelöst worden war, hat seither weitere Wahlen verhindert.

Hamas und Fatah hatten in den vergangenen Jahren mehrere Abkommen oder Absprachen getroffen, in denen unter anderem Wahlen und eine Einheitsregierung vereinbart wurden, ohne dass diese jemals umgesetzt wurden.

Im Jahr 2021 hatte Abbas im Alleingang die Parlamentswahl abgesagt, um der Hamas die Möglichkeit zu nehmen, sich auf diesem Wege mehr Legitimität zu verschaffen. Denn die Hamas scheint für viele Palästinenser längst die einzige ernst zu nehmende Kraft zu sein, die der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik Israels die Stirn bieten könnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63494348b480cc09b557697a.jpg>

An der Zeremonie zur Unterzeichnung der "Erklärung von Algier" nehmen am 12. Oktober Vertreter von 14 Palästinensergruppen teil, darunter Vertreter der rivalisierenden Gruppen Fatah und Hamas.

### 15:51 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsressort: Ukrainisches Arsenal mit westlichen Waffen zerstört**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, hat mitgeteilt, dass in den Gebieten Kiew und Charkow die Militärverwaltung und Energieanlagen getroffen worden seien. Zudem sei in der Siedlung Brody im Gebiet Lwow ein ukrainisches Arsenal zerstört worden, wo erhebliche Bestände an Waffen, militärischer Fahrzeuge und Munition aus westlichen Ländern gelagert worden seien, hieß es weiter.

Auf einem [Video](#) ist der Raketenabschuss auf das Waffenarsenal in Brody zu sehen.



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/gasU0tHdeyiq2engcFKMI3TBfX8D\\_TM90BGNDLeCD7OuGclMebPz2-](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/gasU0tHdeyiq2engcFKMI3TBfX8D_TM90BGNDLeCD7OuGclMebPz2-)

[q3DiHerFhfBvLXO99C2080dZ38YijZXCHNGYFPxp1HJtseCvgxiWjZPqxRqWvNcPn4V8i2zUH0iNW8e\\_0K-ct-0uaS85i\\_PFI9x2jueAm6\\_7w\\_UOraHR-pbyieRGwFlcbC-3bNlv-P5tgBOVbj3N9T6kj\\_CQUGwC3LmqNIOOGziSz5LDy50dxF3WHleBrxmo0ObBIwAiiJmjY6XisPEWQ5Jr1YlqLRAybQKnBmSQkA0HIQE\\_hmj9MBMU5U5F0Apz47JKI2MZCNwUsHmQZXukB6LOEIMSM2A](https://www.de.rt.com/q3DiHerFhfBvLXO99C2080dZ38YijZXCHNGYFPxp1HJtseCvgxiWjZPqxRqWvNcPn4V8i2zUH0iNW8e_0K-ct-0uaS85i_PFI9x2jueAm6_7w_UOraHR-pbyieRGwFlcbC-3bNlv-P5tgBOVbj3N9T6kj_CQUGwC3LmqNIOOGziSz5LDy50dxF3WHleBrxmo0ObBIwAiiJmjY6XisPEWQ5Jr1YlqLRAybQKnBmSQkA0HIQE_hmj9MBMU5U5F0Apz47JKI2MZCNwUsHmQZXukB6LOEIMSM2A)

16:14 de.rt.com: **Lippenbekenntnisse? Staatsministerin Roth und der Schutz der Kultur**

*Die Vielfalt von Kultur und Medien sind Staatsministerin Claudia Roth ein wichtiges, förderungswürdiges Anliegen. Im Sommer besuchte sie Odessa. Wir wollten wissen, wie sich die Staatsministerin für den Schutz von Zeugnissen russischer Kultur einsetzt.*

Vielfalt, Diversität und Nachhaltigkeit im Großen wie im Kleinen, das sind die Zeichen zeitgemäßer Kultur im Dienste intakter Demokratien. Diese Werte sind daher zu fördern. Das ist, in wenigen Worten wiedergegeben, das Programm von Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth (Die Grünen).

Ein besonderes Anliegen ist der Staatsministerin aktuell die Ukraine und der Schutz der dortigen kulturellen Zeugnisse vor Zerstörung. Um sich vom Ausmaß der Bedrohung persönlich zu überzeugen, besuchte Roth im Juni die Stadt Odessa am Schwarzen Meer. In Interviews gab sie sich bestürzt über die russische Aggression und das Ausmaß der Bedrohung.

RT DE hat sich mit einem kleinen Fragenkatalog an die Staatsministerin gewandt und um eine Stellungnahme gebeten. Die Fragen sind hier aufgeführt. Sie blieben bisher unbeantwortet.

RT DE rechnet nicht mehr mit einer Antwort. Sollte sie eingehen, werden wir sie veröffentlichen.

*Sehr geehrte Frau Staatsministerin Roth, bei Ihrer Reise nach Odessa im Juni zeigten Sie sich sehr beeindruckt von der Stadt und ihrer kulturellen Vielfalt. Sie gaben sich besorgt angesichts der Möglichkeit, dass bei russischen Angriffen Zeugnisse der Kultur unwiederbringlich zerstört werden könnten. Gleichzeitig fallen zahlreiche Zeugnisse der russischen und sowjetischen Kultur dem ukrainischen Nationalismus zum Opfer. Straßenumbenennungen und der Abriss von Denkmälern sind hierfür Beispiele.*

*Wie setzen Sie sich als Staatsministerin mit guten Kontakten in die Ukraine für den Erhalt dieser kulturellen Zeugnisse ein? Trifft eine westeuropäische affirmative Haltung gegenüber Vielfalt und Diversität dort aktuell auf Verständnis?*

*Ein zentraler Begriff in Ihren Reden und Stellungnahmen ist der Begriff "Vielfalt". In der Ukraine ist die historisch gewachsene Vielfalt des Landes bedroht. Die Ukrainisierung löscht die Zeugnisse russischer Kultur aus, diskriminiert die Sprachenvielfalt, vor allem das Russische. Wie wirken Sie dieser Diskriminierung entgegen? Auf welchen Ebenen fördern und fordern Sie den Erhalt der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in der Ukraine? Wie arbeiten Sie zu diesem Zweck mit anderen europäischen Partnern und Organisationen zusammen? Stehen Sie in diesem Zusammenhang in Kontakt mit russischen Behörden und Ministerien? Als Medienbeauftragte der Bundesregierung sind Sie über die Schließung von Sendern in der Ukraine informiert. Darüber hinaus hat Präsident Selenskij die Zusammenlegung der verbliebenen Sendeanstalten verfügt. Diese Gleichschaltung ukrainischer Medien widerspricht den europäischen Werten und dem Grundsatz der freien Berichterstattung. Auch hier die Frage, wie Sie dem entgegenwirken? Gibt es auf europäischer Ebene Initiativen, die diese Entwicklung korrigieren wollen?*

*Ich freue mich auf Ihre Antworten.*

*Mit freundlichen Grüßen*



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63491a3fb480cc0af10f20b9.jpg>  
*Staatsministerin Claudia Roth (Die Grünen) bei ihrem Besuch in Odessa, umrahmt von einer Ästhetik, die bei den Grünen wieder hoffähig ist.*

### Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 14.10.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 62 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

In Mariupol wurde ein weiteres Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen.

Die Reparatur des Straßenbelags an Abschnitten der Autostraßen Kremenewka – Jalta und Dolja – Jelenowka geht weiter.

Mehr als 5200 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens. In Mariupol wurde eine mobile Apotheke in Betrieb genommen.

In Mariupol, Wolnowacha und Swetlodarsk gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 26 Hektar Gelände, etwa 21.000 Quadratmeter Gebäude und mehr als anderthalb Kilometer Autostraßen untersucht. Es wurden 316 explosive Objekte entdeckt.

Spezialisten der Elektrizitätswerke setzten die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha und Mironowskij fort. In Mariupol wurden 453 Verbraucher des privaten Bereichs an die Stromversorgung angeschlossen. In Wolnowacha erhielten 113 private Häuser einen Stromanschluss.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu

wenden.

17:22 (16:22) novorosinform.org: **Russland plant den Start der groß angelegten Produktion von Drohnen – Medwedew**

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates Russlands, Dmitri Medwedew, nannte den Einsatz von Drohnen in der speziellen Operation eine dringende Notwendigkeit.

In seinem Telegram-Kanal stellte der Politiker fest, dass sich Drohnen in modernen Konflikten bewährt hätten. Er sagte, dass Russland plane, eine groß angelegte Produktion verschiedener Drohnen zu starten.

Am Tag zuvor besuchte Medwedew das Unternehmen des „Spezialtechnologische Zentrum“. Dort wurde im Rahmen der Landesverteidigungsverfügung unter Beteiligung von Föderalen Exekutivbehörden und Strafverfolgungsbehörden eine Kontrollüberprüfung der Lieferung von „Orlan“-Drohnen durchgeführt.

Zuvor hatte Medwedew auch die Umsetzung des Staatsverteidigungsbefehls im Moskauer Maschinenbauwerk „Awangard“ überprüft.



[https://novorosinform.org/content/images/58/19/55819\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/58/19/55819_720x405.jpg)

17:15 (16:15) novorosinform.org: **Putin sprach sich gegen ein Verbot ukrainischer Kultur in Russland aus**

Viele russische Familien kennen und lieben ukrainische Lieder, sagte der russische Präsident Wladimir Putin.

Russland sollte nicht wie diejenigen sein, die jede Kultur abschaffen, sagte Putin im Gespräch mit Reportern in Astana.

Er erinnerte daran, dass die ukrainische Sprache eine der Staatssprachen auf der Krim ist und in Russland etwa drei Millionen Bürger Ukrainer sind.

„Nun, wie können wir ihre Sprache und Kultur verbieten? Ja, wir haben das nicht einmal in unseren Köpfen“, sagte der Präsident.

Er fügte hinzu, dass viele russische Familien ukrainische Lieder „kennen, hören und lieben“ und die ukrainische Kultur lieben. Die Behörden in Kiew hielten es für zulässig, Neonazis und ihre Fackelzüge zu unterstützen, aber das habe nichts mit der ukrainischen Kultur zu tun, schloss Putin.



[https://novorosinform.org/content/images/58/18/55818\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/58/18/55818_720x405.jpg)

16:25 de.rt.com: **Medienberichte: Deutschland, Schweden und Dänemark untersuchen Nord Stream-Vorfälle getrennt**

Das ARD-Hauptstadtstudio hat mit Hinweis auf Regierungskreise mitgeteilt, dass Deutschland, Schweden und Dänemark auf die gemeinsamen Ermittlungen zur Sabotage der Nord Stream-Pipelines verzichtet hätten.

Zunächst habe sich Schweden aus dem sogenannten Joint Investigation Team verabschiedet, danach auch Dänemark. Die Schweden hätten Bedenken mit Blick auf die Geheimhaltung geäußert, so die ARD weiter. Nun werde jedes Land für sich ermitteln. Der Fernsehsender präzisierte, dass auch die USA Ermittlungen durchführen.

Russland wurde zur Untersuchung nicht zugelassen, woraufhin das Außenministerium den Botschaftern Deutschlands, Dänemarks und Schwedens eine Protestnote übermittelt hat. Das russische Außenamt betonte, das Land werde die Ergebnisse einer Untersuchung, an der es nicht beteiligt sei, nicht anerkennen, da lediglich "Pseudoergebnisse" zu erwarten seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63496725b480cc01ba54b16c.jpg>

*Eines der vier Gaslecks an Nord Stream*

16:58 de.rt.com: **Putin bezeichnet Deutschlands Entscheidung für die NATO statt für die eigene Bevölkerung als Fehler**

Deutschland habe einen Fehler gemacht, indem es seine Bündnisverpflichtungen gegenüber der NATO in den Mittelpunkt seiner Politik gestellt hat und nicht die Interessen seines eigenen Volkes, so der russische Präsident Wladimir Putin. Weiter hieß es:

"Ist das richtig oder falsch? Ich denke, es ist ein Fehler, und es sind die Unternehmen, die Wirtschaft, die Bürger der Bundesrepublik, die für diesen Fehler zahlen, denn es hat negative wirtschaftliche Folgen für die Eurozone im Allgemeinen und für die Bundesrepublik im

Besonderen."

Wladimir Putin zufolge seien die deutschen Interessen für "kaum jemand" von Bedeutung, sonst "hätte man Nord Stream 1 und Nord Stream 2 nicht explodieren lassen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634975aab480cc0c6a01f643.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin nach einem Treffen der Staatschefs der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in Astana am 14. Oktober

#### 17:23 de.rt.com: **Russischer Kriegsberichterstatter zeigt Balkenkreuze auf ukrainischen Fahrzeugen**

Der russische Kriegsberichterstatter Andrei Rudenko hat auf seinem Telegram-Kanal ein [Video und neun Bilder](#) gezeigt, auf denen Balkenkreuze auf den Fahrzeugen der ukrainischen Soldaten zu sehen sind. Rudenko ergänzte das mit einem Kommentar:

"Nichts Ungewöhnliches, nur faschistische Kreuze auf den Kampffahrzeugen und Autos der Soldaten des Kiewer Regimes."

Das Balkenkreuz war ein Erkennungszeichen der Wehrmacht und ihrer Einheiten während des Zweiten Weltkriegs.



<https://cdn4.telegram-cdn.org/file/pJ5m26Ncv30kvbuMMJLjaC2BX0zBCvj7JByBVnzUUzHgaOug9gnLL->

[pooRbw7y9LERJryRkqfNOWIpwsUv3aUsk2Tg8mBTeMMfB18veCM40I6\\_NpRMG11Zqu58VT86yUwkpRTmhnLZKwF3Z4b-9XhzISfVAQYuwREdCx7bMcRnsAEBs3Omcrll3-CSZTOxkvpKhhtyw7xwQVBM083sglPW3uTg0NagHJgEqD4os0oyUiGrr7-50p9GxiuUHq-fAEKO1VDfkekjA8yQfL\\_6QFEZBI-LDsXm7BMqABbtPSSFxeUhQfxsVQSZ-MhCOUTRF\\_fN0f-mI\\_5jg12ef\\_9-sXpg.jpg](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/pJ5m26Ncv30kvbuMMJLjaC2BX0zBCvj7JByBVnzUUzHgaOug9gnLL-pooRbw7y9LERJryRkqfNOWIpwsUv3aUsk2Tg8mBTeMMfB18veCM40I6_NpRMG11Zqu58VT86yUwkpRTmhnLZKwF3Z4b-9XhzISfVAQYuwREdCx7bMcRnsAEBs3Omcrll3-CSZTOxkvpKhhtyw7xwQVBM083sglPW3uTg0NagHJgEqD4os0oyUiGrr7-50p9GxiuUHq-fAEKO1VDfkekjA8yQfL_6QFEZBI-LDsXm7BMqABbtPSSFxeUhQfxsVQSZ-MhCOUTRF_fN0f-mI_5jg12ef_9-sXpg.jpg)

Ombudsman-dnr.ru: **Mitteilungen des Apparats der Bevollmächtigten für**

## **Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa**

Im Zeitraum vom 7.-14.10.2022 wurden infolge der Kampfhandlungen auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik 86 Menschen, davon 7 Zivilisten und 79 Angehörige der militärischen Strukturen getötet. 193 Menschen, davon 27 Zivilisten und 166 Angehörige der militärischen Strukturen, wurden verletzt.

### **17:52 de.rt.com: USA: Wegen Sanktionen kann Russland wichtige Ausrüstung nicht produzieren**

Der stellvertretende US-Finanzminister Wally Adeyemo behauptet, dass westliche Sanktionen dem russischen militärisch-industriellen Komplex die Möglichkeit genommen haben, Waffen herzustellen und zu warten, die "für die Operationen in der Ukraine von entscheidender Bedeutung sind". Jedoch nannte der Politiker bestimmte Waffentypen oder -arten nicht.

Wörtlich hieß es:

"Als Ergebnis unserer gemeinsamen Maßnahmen ist der russische militärisch-industrielle Komplex nicht in der Lage, wichtige Ausrüstung für Operationen in der Ukraine zu produzieren und zu warten."

Am schwierigsten sei die Situation nach Adeyemos Einschätzung in der russischen Mikroelektronikindustrie, der die für die Rüstungsproduktion benötigten Komponenten angeblich ausgehen:

"Die beiden größten Mikroelektronikhersteller Russlands waren gezwungen, ihren Betrieb vorübergehend einzustellen, weil ihnen wichtige ausländische Technologie fehlt."

Dabei präzisierte der Politiker nicht, welche Unternehmen gemeint sind.

### **abends:**

### **19:23 (18:23) novorosinform.org: Russische Truppen zerstörten eine Kolonne der Streitkräfte der Ukraine beim Überqueren des Ingulez – Medien**

Der Angriff wurde mit hochpräzisen LMUR-Raketen aus einem Mi-28-Hubschrauber durchgeführt, berichtet RIA Novosti.

Ukrainische Kämpfer versuchten, den Fluss Ingulez in Richtung Nikolajew-Kriwoj Rog zu überqueren. Die Ausrüstungskolonne wurde zerstört, schreibt RIA Novosti. Die Agentur veröffentlichte auch ein Video der Militäroperation.

„Die Kampffahrzeuge wurden von hochpräzisen luftgestützten LMUR-Raketen (Light Multi-Purpose Guided Missile) getroffen“, heißt es in der Erklärung.

Ein russischer Mi-28-Hubschrauber feuerte aus einer Entfernung von 15 km. Das Luftfahrzeug blieb vom Feind unbemerkt, während die Besatzung der Mi-28 das Ziel dank Wärmebildgeräten deutlich sah, sagen Journalisten.

Zuvor wurde berichtet, dass die Streitkräfte der Ukraine am 14. Oktober versuchten, einen Angriff in der Region Cherson zu organisieren. Im Ergebnis wurden mehr als 130 feindliche Soldaten sowie deren Ausrüstung vernichtet.



[https://novorosinform.org/content/images/58/34/55834\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/58/34/55834_720x405.jpg)

18:49 de.rt.com: **Das Ziel ist Verteidigung – Weißrussland über gemeinsame Truppengruppierung mit Russland**

Minsk und Moskau würden eine regionale Truppengruppierung auf dem weißrussischen Territorium einrichten, um "die Parität bei der militärischen Sicherheit und Friedenssicherung in der Republik Weißrussland zu gewährleisten", so der stellvertretende Generalstabschef für wissenschaftliche Arbeit der weißrussischen Streitkräfte, Wiktor Tumar. Weiter hieß es:

"Den Kern werden das Personal der Streitkräfte der Republik Weißrussland in Friedenszeiten, sowie bestimmte militärische Gruppierungen der Russischen Föderation bilden."

Tumar zufolge "werden in den nächsten Tagen Truppen der russischen Komponente der regionalen Gruppierung auf dem Territorium der Republik Weißrussland eintreffen". Der Offizier betonte, dass der Truppenverband des Unionsstaates Verteidigungsaufgaben wahrnehmen werde:

"Gegenwärtig wird der Beschluss zur Bildung einer regionalen Truppengruppierung umgesetzt, um den Schutz und die Verteidigung der Staatsgrenze der Republik Weißrussland zu stärken und die militärischen Aktivitäten in den an uns angrenzenden Gebieten zu verringern."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6349913bb480cc61b00646cb.jpg>

19:29 de.rt.com: **Gouverneur: Umspannwerk in Belgorod nach ukrainischem Beschuss in Brand geraten**

Der Gouverneur des Gebiets Belgorod, Wjatscheslaw Gladkow, hat einen Brand in einem

Umspannwerk im Regionalzentrum nach dem ukrainischen Beschuss gemeldet. Auf seinem Telegram-Kanal [schrieb](#) der Regionalleiter:

"Nach dem Beschuss von Belgorod geriet ein 110-kW-Umspannwerk in Brand ... Wir werden versuchen, die Folgen so schnell wie möglich zu beseitigen. Die ungefähre Dauer der Umschaltung auf die Reservequelle kann bis zu vier Stunden betragen. Die Wasserversorgung ist normal, die Pumpen haben auf andere Versorgungsleitungen umgeschaltet."

Augenzeugen zufolge hat der Beschuss etwa eine halbe Stunde gedauert. Der Schlag hat das örtliche Heizkraftwerk Lutsch [getroffen](#). Ein starker Brand wüte noch immer im Kraftwerk und die Feuerwehr sei gerade im Einsatz. In manchen Gegenden gebe es noch kein Licht.

**Update:** Sechzehn Minuten nach der Veröffentlichung der ersten Brandmeldung sei das Feuer gelöscht worden, [sagte](#) Gladkow. Die Arbeiter haben inzwischen damit begonnen, das Stromnetz wieder in Betrieb zu nehmen.